

Thema: Modernisierung der Linken

Klose, Blessing und Glotz zur Lage der SPD (Seite 3)

MECKLENBURGER

AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 3. Jahrgang · Nr. 43/44 · 30. Oktober 1992 · 1,00 DM

2F 8971C

Tschernobyl am Netz

Seite 2

Kinder-Selbstmorde

Seite 4

Abschwung Ost

Seite 5

Ausstellung: Westwall

Seite 7

Müll-Krieg in M-V

Seite 8

Reise: Rügen

Seite 10

Goldberg und 9. November

Vor ein paar Wochen machte ein Vertreter der Treuhandanstalt darauf aufmerksam, daß sich die ausländerfeindlichen Ausschreitungen ungünstig auf die Investitionsfreude ausländischer Unternehmer auswirke. Diese Mahnung sollte daran erinnern, wie sehr man sich mit solcher Auseinandersetzung selbst schadet. Die Goldberger müssen diese Worte mißverstanden haben. Nicht die Randalierer seien schuld, sondern deren Opfer. Darum lasse man mögliche Opfer solcher Randalen gar nicht erst ins idyllische Städtchen. Denn: Auch ein Investor in spe zog so seine Schlüsse und verlangte ein "sauberes" Umfeld für die Errichtung eines 200-Betten Hotels mit mindestens 25 Arbeitsplätzen. Da zierten sich die Bürger nicht lange und gingen auf die Straße, um zwei Busse mit Asylbewerbern gar nicht erst reinzulassen. Für dieses Vorgehen beanspruchten sie für sich das vom Grundgesetz garantierte Widerstandsrecht und mißbrauchten es damit. Sie hatten Beerdigungskränze dabei, um den schönen Aufschwung Ost, erst zweijährig, zu begraben. Der Bürgermeister an der Spitze der Blockierer. Makaber!

Ein Hauch von Mutlangen sollte hier wohl seine falsche Urständ feiern. Doch welcher Unterschied! Damals wurden die Zufahrten von Kasernen der US-Streitkräfte durch Sitzblockaden versperrt, um die Aufstellung von Atomraketen zu verhindern und für Abrüstung und Frieden zu demonstrieren. Die Polizei trug die Demonstranten weg. Gerichte verurteilten zu Geldstrafen wegen Nötigung. Nichts da mit Widerstandsrecht.

In Goldberg wurde eine Stadtfahrt blockiert, um Menschen eine Unterkunft zu verweigern. Nicht um Frieden ging es, sondern darum, daß der Wohlstand nicht an Goldberg vorbeiginge.

Im Bericht einer Mecklenburger Tageszeitung wurde die "lockere Atmosphäre zwischen Protestierenden und Polizei" betont. Strafverfahren wird wohl keiner der Blockierer befürchten müssen.

Die größte Stadt Mecklenburg-Vorpommern macht sich Sorgen um den guten Ruf, hauptsächlich bei Investoren. Anders sind die heftigen Reaktionen auf die unangemessene Aktion einer Gruppe französischer Juden um Beate Klarsfeld nicht zu erklären. Diese hatten sich nicht um "eine lockere Atmosphäre" mit der Polizei bemüht, sondern eingedenk der Schwierigkeiten der Rostocker Polizei, schnell zu reagieren, eher Angst vor Angriffen aus der rechten Szene. Das aber war ein Irrtum. Binnen kurzem hatte man alle Demonstranten samt Bus in Polizeigewahrsam. Nicht um vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen. Robert Leicht schrieb dazu in der Zeit: "Wenn Polizei bei besorgten Demonstranten schneller reagieren kann, als bei so brutalen Gewaltakten vor dem Vietnamesenheim in Thale, dann stimmt etwas nicht mehr. Und wir wissen genau, was." Und er folgert, die Proportionen seien verrutscht. Und genau so reagierten auch die Verantwortlichen von Rostock, indem sie diese Aktion als Provokation verurteilten, Glauben machen wollten, daß nicht die Vorfälle von Lichtenhagen, sondern solche Protestaktionen Rostock in Verurteilung bringen.

Die Proportionen sind verrutscht. In Goldberg, in Rostock und überall im Lande, wo es nur noch um Wohlstand und Ruhe und Ordnung geht. Überall da, wo die Bürger glauben und durch Erfahrung bestätigt werden, daß man in einer Demokratie Politiker noch besser erpressen kann als in der vergangenen DDR. Gerade auf dem Hintergrund der Asyldebatte muß die Politik deutlich machen, daß sie nicht dem Druck von Gewalt nachgibt und darum das Grundgesetz verändert. Sie hat vielmehr dafür zu sorgen, wie Asylrecht für beide Seiten, Asylantrag und Asylgeber menschlich und erträglich geordnet werden kann. Ohne diese Anstrengung der Politik wird es auch ohne den Artikel 16 im Grundgesetz immer wieder Rostocks und Goldbergs geben.

Am 8. November werden besorgte Menschen in Berlin demonstrieren. Sie werden nicht von der Sorge um Investoren und eigenen Wohlstand getrieben sein, sondern von der Sorge um Demokratie und Menschlichkeit in unserem Lande, wollen Proportionen wieder gradrieren. Vorneweg der Bundespräsident.

Am denkwürdigen 9. November, dem Erinnerungstag an die Reichspogromnacht, wollen dann auch in Mecklenburg-Vorpommern Menschen Zeichen setzen mit Kundgebungen, Mahnwachen und Gebeten. Im November 1992 sei daran erinnert, daß vor genau 500 Jahren in der zwischen Rostock und Goldberg gelegenen Stadt Sternberg Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit triumphierten. Damals warf man den dort lebenden Juden Hostienschändung vor. Anlaß, sie zu verfolgen und zu töten, aus dem Lande treiben. Mecklenburg mußte fast 400 Jahre ohne diese Menschen mit ihrer anderen Kultur, Erfahrungen, ihren internationalen Beziehungen und ihrer Tüchtigkeit leben. Mit Ursache dafür, daß die Uhren in diesem Land anders gingen und man von manchem Aufschwung abgehängt war.

Nicht die Fremden sind daran schuld, wenn es heute wieder so sein sollte.

Holger Panse



Landschaft bei Tarnow im Kreis Bützow

Foto: Rainer Cordes

Franz Maag

Asylantengeld

Daß Ausländer, die in Deutschland um politisches Asyl bitten, Menschen zweiter Klasse sind, sagt der Mob ja schon lange. Jetzt wird es amtlich bestätigt: Ihnen soll die Sozialhilfe um mehr als ein Viertel gekürzt werden. Sozialhilfe, das sind für den in der Tiefe des sozialen Netzes liegenden deutschen Menschen 508 Mark im Monat. Das sogenannte Existenzminimum. Das heißt, daß jeder, dem weniger zukommt, unterhalb dieses Minimums zu leben hat. Daran, daß Menschen in Deutschland also in Zukunft sehen sollen, wie sie mit weniger Geld auskommen, als zum Leben reicht, stört sich offenbar kaum jemand.

Dem Vorhaben wohnt die Logik inne, daß alles, was es an humaner Substanz in unserem Grundrechte-Katalog und unserer Rechtsordnung gibt, sofort beschnitten und über den Haufen geworfen werden kann, wenn "zu viele" sie in Anspruch nehmen wollen. Das heißt ja nichts anderes, als daß es in Krisenzeiten zweierlei Recht gibt: eins für Deutsche und ein minderes für diejenigen, die vor Verfolgung und Bedrängnis zu uns fliehen und die jetzt offenbar allesamt wie Betrüger und Strauchdiebe behandelt werden sollen. Die Pogromverbrecher und ihre Beifallklatscher bekommen recht: Daß Ausländer weniger Wert sind und wir Deutschen zuerst kommen, wird jetzt Regierungspolitik. Auch das ist eine Schande für Deutschland.

Von Idealen leergefegt

Zum Tode von Petra Kelly: Ein Nachruf auf die Grünen

Die Grünen werden Ende Oktober eine Art alternativen Staatsakt für Petra Kelly abhalten, danach wird die Symbolgestalt der frühen Jahre vergessen sein, sie ist es im Grunde schon lange vorher gewesen. Alles Reden vom Verlust, den Frau und man erlitten habe, ist die pure Heuchelei: Für die grüne Partei sind Persönlichkeiten wie Frau Kelly nur noch Ballast, der in Anbetracht der bedrohlich geringen eigenen Flughöhe längst über Bord gehört. Deshalb haben die im gemeinsamen unbedingten Macht- und Überlebenswillen konvergierenden Parteiklügel das nervende Gespann Kelly/Bastian auch schon vor längerem systematisch an den Rand gedrängt. Die beiden bekommen von Fischer, Volmer und KollegInnen den Pflicht-Anteil an Betretenheit, Trauer will nicht aufkommen, nicht einmal Traurigkeit, allenfalls hie und da eine Art Phantomschmerz: Da war doch mal was...

Im Fernsehen Bilder aus der Gründungs-Phase der Grünen, von den Großdemonstrationen gegen die Nachrüstung, vom ersten Einzug in den Bundestag, - eine versunkene Welt, in der ein mittlerweile längst abgehalftes Personal sich heute längst vergessener Erfolge freut. Petra Kelly immer dabei: stets ein biß-

chen überdreht, hart und hoch im Ton, undiplomatisch auf abschließenden Urteilen beharrend, dabei in entwaffnender Weise überzeugend; hier meint es jemand absolut ernst, ohne Zugeständnisse an wen auch immer auf die Überzeugungskraft einer neuen Idee vertrauend. Sieben, acht Prozent für das Prinzip einer ökologischen, auf Herrschaftsabbau und bedingungslose Friedfertigkeit gegründeten Gesellschaft sind ihr entscheidend mehr als 50,1 Prozent für eine rot-grüne Option, in der die Alternative begraben wird, die dem Machtgewinn die Bahn bereitet. Die Gesellschaft müsse sich neu über Ziele und Abgrenzungen verständigen, bevor irgendetwas in Regierungspolitik gegossen werden könnte; und unterdessen sollen die hämisch als "Ökopaxe" etikettierten mutig auf die Haltungen und Handlungen verändernde Kraft des anderen Beispiels vertrauen. Nichts ist der Frau gleichgültig, ideologische Schranken akzeptiert sie nicht: Sie demonstriert in Ost-Berlin für Freiheitsrechte und in Tibet, sie kämpft gegen die Atommafia von Deutschland bis zum südlichsten Südsee-Atoll. Ein Leben, das hinausdrängt über die Grenzen des einnehm selbst eigentlich Möglichen.

Es gibt nicht mehr viele in den Grünen, denen solches Selbstver-

ständnis etwas sagt: Die Führung hält das, wofür Frau Kelly stand, ohnehin für einen gottlob überwundenen Irrweg; die Grünen haben die Auseinandersetzung um die Qualität einer politischen Alternative in der inhaltlichen Substanz wie im sozialen Verhalten zugunsten des leidlichen Verwaltens eines Proteststimmens-Potentials aufgegeben, das in Ermangelung eines eigenständigen Profils, eines spezifischen politischen Projekts ihre einzige fragwürdige Überlebensgarantie geworden ist. Die Partei ist ein trauriger Rest-Posten der Achtundsechziger-Bewegung geworden, der für unverändert hochtönende Ansprüche ("basisdemokratisch, ökologisch, sozial, gewaltfrei"), die man parteiintern längst in die Besenammer gepackt hat, Zustimmung sucht, um dann doch phantasielos am Gegenwärtigen kleben zu bleiben. Utopie ist ein Schimpfwort, der grüne Himmel von Idealen leergefegt.

Man muß mit dem in einer Reihe von Gesichtspunkten naiven und in seiner rigorosen "Fünf-vor-Zwölf"-Attitüde heute so nicht mehr politikfähigen Gedankengebäude der grünen Gründermütter und -väter gar nicht übereinstimmen, um die gähnende, von Ritualen und einer gehö-

rigen Portion Zynismus flankierte Leere zu beklagen, die an seine Stelle getreten ist. Ausstrahlung kann eine politische Formation nur gewinnen, wenn sie ein spezifisches Gewicht hat; um das aber müßte produktiv gestritten werden. Der radikal-demokratische Fundus der Gründungsphase böte Anknüpfungspunkte genug für das schwerpunktmäßige Bemühen um die libertäre Ausgestaltung der parlamentarischen Demokratie, vorausgesetzt, die Grünen söhnten sich programmatisch mit den Strukturen des bundesrepublikanischen Staates aus. Eine Partei, die dem einzelnen politischen Menschen die Teilnahme an offener, nicht in Fraktionszwänge und sonstige strukturelle Korsettstangen gepreßten Auseinandersetzung als Chance begreiflich macht, würde bitter gebraucht, gerade bei uns im vor aller politischen Mitwirkung nur noch abwinkenden Osten. An gewichtigen Vorschlägen und Anregungen dazu auch von Persönlichkeiten der grünen Partei selber hat es nicht gemangelt; aber das Führungspersonal verhält sich wie der Kapitän eines leckgeschlagenen Apfelkahn, auf dem jede heftige Bewegung zum sofortigen Untergang führt.

Fortsetzung auf Seite 2

Politik

Randbemerkung

Gewalt

Wenn immer gewalttätige Unruhen von Randgruppen oder Minderheiten die etablierten Eliten und die sie tragende schweigende Mehrheit in ihrem Verständnis von Bürgerruhe aufschreckt, wird nach den klassischen drei P's gerufen: nach Polizei, Pädagogen und Psychologen. In dieser Reihenfolge. Diese drei doch recht unterschiedlichen Berufsgruppen sollen verhindern, heilen und erklären, als ob Art und Ausmaß von Gewalt in der Gesellschaft ein Entsorgungssystem sei, das auf dem Wege der Dienstleistung von Experten gelöst werden kann. Doch alle drei sind mit solchen Erwartungen völlig überfordert, zumal sie von einer Öffentlichkeit alleine gelassen werden, die sich lediglich als applaudierende oder kritisierende Zuschauer zu Wort meldet.

Dieses rezeptive Verhalten einer demokratisch organisierten Gesellschaft gegenüber den Gewaltausbrüchen in unmittelbarer Umgebung ist eine wesentliche Ursache für die steppenbrandartige Ausdehnung der offenen und anonymen Angriffe auf Asylantenheim und KZ-Gedenkstätten von Rostock bis Überlingen. Andere sind in dem angesichts der Ungeheuerlichkeiten recht moderaten Verhalten der Politiker zu finden, die den Brandstiftern und Grabschändern lediglich im Nachhinein ihre Empörung entgegenstellen.

Aber auch das Fernsehen muß sich zitierten lassen, das mit unredigierten live-Berichterstattungen, reality-tv und gewalttätigen Unterhaltungsfilm längst verwischt und die Fähigkeit zu Mitleid und Entsetzen ausgelöscht hat.

Doch neben diesem Mangel an Compassion, den Willy Brandt bedauert hat, neben diesem Dienstleistungsdenken und der Zuschauermentalität, die der Überfluß- und Wohlstandsgesellschaft allgemein zu eigen ist, gibt es einen Makel, der uns Deutsche ausschließlich betrifft: Daß drei Generationen nach Hitler faschistische Gewalt mit wirtschaftlichen Nöten begründet, entschuldigt und auch geduldet wird.

Es zeigt, wie dünn noch immer die Tünche der demokratischen Kultur in Deutschland ist.

Recht

Nun wird es doch noch einen Prozeß gegen Erich Honecker, den letzten Statthalter des Sowjetkommunismus in der DDR geben. Rechtzeitig, ehe der auf den Tod an Krebs Erkrankte vollends verhandlungsunfähig wird. Die im Wettkampf der Systeme siegreiche Bonner Republik will, wie der rechthaberische Shylock, ihr Pfund Fleisch.

Damit zeigt sich die deutsche Justiz - es sind die Söhne und Enkel der „furchtbaren Juristen“ der NS-Zeit - wieder einmal willfährig gegenüber der Politik. Denn mit dem nun schnell zusammengeschusterten Prozeß gegen den gesundheitlich erheblich reduzierten Erich Honecker sind die angeblichen Ziele nicht zu erreichen: Weder der Nachweis einer alleinigen und eindeutigen Schuld für die Toten an der Mauer, noch ein Eindruck von den Staatsverbrechen. Und auch ein Urteil, das die historische Schuld des Staats- und Parteichefs der DDR manifestiert, ist nach ärztlichem Ermessen nicht zu erwarten.

Alle diese durchaus wünschenswerten Ziele sind mit Strafprozessen dieser Art nicht zu erreichen, wie bereits die verspäteten und überfrachteten Prozesse gegen die Beteiligung an NS-Verbrechen bis heute zeigen. Diese haben eben nicht eine aufklärende und reinigende Wirkung im kollektiven Gewissen der Öffentlichkeit bewirkt. Das könnte im Hinblick auf die untergegangene DDR vielleicht ein Tribunal erreichen, wie es von Friedrich Schorlemmer wiederholt doch bisher vergeblich vorgeschlagen worden ist.

Bernd C. Hesslein

Bis zur nächsten Katastrophe

Das Atomkraftwerk Tschernobyl ist wieder am Netz

Nie wieder. Jedenfalls nicht sofort. Nach diesem Motto verfährt die Menschheit in ihrer Geschichte erschreckend oft. Hat irgendeine Katastrophe die Menschen eingeholt, versprechen sich die Davongekommenen in die Hand: Nie wieder! Und doch: Fehler werden bald wiederholt, Versprechen vergessen und gebrochen - bis die nächste Katastrophe kommt.

Auch mit der Atomenergie verhält es sich kein Stückchen anders: Als im (damals noch sowjetische) Atomkraftwerk Tschernobyl 1986 einer der Raketenturbinen explodierte und seine krankheits- und todbringende Radioaktivität durch halb Europa spuckte, waren sich alle schnell einig. Dieser Super-GAU, den es nach Beteuerung der Atomindustrie ja eigentlich garnicht geben konnte, dürfe sich nie wiederholen. Doch seit gut zwei Wochen läuft der (inzwischen ukrainische) Schrott-Reaktor wieder. Gutachter der Europäischen Gemeinschaft hatten noch Gelegenheit, sich von der Sicherheit der Anlage ein Bild zu machen. Ihnen müssen wohl die Tränen gekommen sein: Statt Brandschutztüren gibt es solche aus Sperrholz, brüchige Schläuche bei den ohnehin zu wenigen

Hydranten, der riesige Beton-Sarkophag des vor sechs Jahren explodierten Blocks ist undicht.

Was ist also mit den Ukrainern los? Sind sie schlechthin nicht in der Lage, die technischen Gefahren zu erkennen? Oder wollen sie vielleicht bewußt ihre Republik und angrenzende Staaten mit Radioaktivität überziehen? Die entscheidende Antwort hat Präsident Leonid Krawtschuk parat: Die Ukraine brauche Devisen. Und deshalb verkaufe die Republik eben Atomstrom, deshalb müsse Tschernobyl wieder ans Netz.

Kann dem Manne nicht geholfen werden, ohne daß er das brüchige Kraftwerk wieder in Gang setzen muß? In der Tat könnte ihm geholfen werden - entweder mit einer gründlichen Sanierung oder mit Ersatzenergie. Beides kostet Geld. Die internationale Staatengemeinschaft müßte dieses aufbringen. Das tut sie aber nicht. Kann sie nicht? Will sie nicht?

Die Bonner Parteien waren sich in ihrer Entrüstung über den erneuten Tschernobyl-Betrieb einig. Außer über die löchrigen Reaktoren beginnt man sich in Bonn

zudem langsam Sorgen über den (sicherlich nur zum Teil) bekanntgewordenen Schmuggel mit Atommaterial zu machen. Am besten, die schlimmsten Risikoanlagen im Osten Europas würden stillgelegt, läßt sich aus dieser Besorgnis heraushören. Eine gute Idee, die allerdings nicht nur Westeuropäer haben. So räumte in diesem Jahr bereits der Umweltberater des russischen Präsidenten Boris Jelzin ein, daß die Atomanlagen in seiner Heimat im Prinzip nicht mehr zu halten seien. Eine Umrüstung auf West-Standard könnte nur bezahlt werden, wenn zusätzlich Erdgas und Erdöl exportiert würden. Da sei es doch besser, die eigenen Rohstoffe besser und vermehrt zu nutzen und auf Atomenergie zu verzichten.

Sowohl Rußland als auch die Ukraine betreiben ihre Anlagen also nicht aus Lust und Tollerei, es geht dabei ums Geld. Wer den Ländern in den Jahren des Umbruchs spürbar unter die Arme greift, hilft den bedauernswerten Menschen an Orten wie Tschernobyl, wo die Böden verstrahlt und das Grundwasser mit Plutonium verseucht ist. Er hilft den jeweiligen Regierungen, in politisch schweren Zeiten dem eigenen

Volk ausreichend Energie anzubieten. Und er hilft sich auch selbst, da solche Irrsinn-Reaktoren wie in Tschernobyl nicht mehr eine ständige Bedrohung darstellen würden.

Mit solchen Forderungen ließe sich in Bonn wohl nur ein müdes Achselzucken ernten, für eine Hilfe in so einem Umfang könne zur Zeit nichts oder nur wenig beigesteuert werden. Ja, ja, ja. Wir haben ja so viele eigene Probleme in unserem Land, leider können wir uns nicht um jedes Problem in der Welt kümmern (außer, wir dürften vielleicht als Blauhelme mitkommen?), dafür reicht das Geld wirklich nicht. Mal sehen, was die Staaten Europas nach der nächsten Katastrophe tun werden. Denn erst der zweite Super-GAU wird allen in Erinnerung rufen, daß es in ganz Europa hunderte solcher tickenden Zeitbomben gibt. Vielleicht werden wir dann erst einmal wieder angelogen, was die wirklichen Auswirkungen der Katastrophe betrifft. Doch dann werden sich alle Davongekommenen erneut in die Hand versprechen: Nie wieder. Jedenfalls nicht sofort.

Tillmann Bendikowski

Von Idealen leergefegt

Fortsetzung von Seite 1

Besser gar kein Profil als nach außen erkennbarer Streit darum! So wird die Langeweile zum Überlebensprinzip einer Partei, die den Sinn ihres Fortbestands im Grunde nur noch mit der Befürchtung vieler plausibel machen kann, es werde sonst schon gar nicht für eine „andere Regierung“ reichen.

Dieser schnelle Schritt von der reinen Bewegungs-Partei mit dem Standbein außerhalb der Parlamente zur völlig kampagnenunfähigen Regierungspartei im Wartestand übergeht zu viel und riskiert zu wenig: Ausgerechnet jetzt, wo das Gefühl für die Bedeutung von Verfassungs-Normen in einer offenen Gesellschaft wegzubrechen droht, wird die Auseinandersetzung um die politische Kultur zum Niemandland gestempelt, das zu beackern einigen klugen Köpfen im akademischen Abseits überlassen bleibt. Derweil gilt unverändert das Parteiprogramm von 1979, das nahezu keiner mehr ernst nimmt, der was zu melden hat, und die Mitglieder- und Aktivanzahlen schrumpfen auf den Bestand einer Splittergruppe, -ein Potemkin'sches Dorf ist nun mal kein gesuchter Wohnort.

Kein Wunder, daß die Grünen in



Der Tod von Petra Kelly und Gert Bastian hat Bestürzung und Trauer ausgelöst aber auch wehmütige Erinnerungen an bessere grüne Zeiten geweckt. Foto: amw

all den überschwappenden Konflikten vom Asyl-Streit bis zur Frage der Interventionsbereitschaft bei schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, im Angesicht von Pogrom und ethnischer Säuberung nichts Weitertragendes beizusteuern wissen: Sie trauen sich nicht zu, die notwendigen Debatten als Partei zu überleben; wer aufmuckt, wird ignoriert, schlimmstenfalls eliminiert. Wo aber der Versuch als parteischädigendes Verhalten gilt, eine immer noch nahezu reinweg von Protest-

stimmen zehrende Partei gesellschaftlich eingriffsfähig zu machen, ist man schon untergegangen, ohne es selbst gemerkt zu haben.

Petra Kellys Tod hat bei ihren vielen Freundinnen und Freunden in den leider kläglichen Resten der ostdeutschen Bürgerbewegungen große Trauer ausgelöst, - sie waren sich nahe bis zuletzt und haben nach gemeinsamen Wegen gesucht, als die DDR der grünen Gesamtpartei noch als eine Art politi-

scher Tabu-Zone galt; sie hatten das gemeinsam, was Frau Kelly in den West-Grünen nicht mehr fand: Das Selbstverständnis, durch Überzeugungskraft und gesellschaftliche Aktion Veränderungen erreichen zu wollen. Beklagenswerterweise haben auch Neues Forum und Bündnis '90 es nicht entfernt geschafft, die produktive Mitwirkung vieler an der neuen Demokratie nicht nur zu beschwören, sondern auch attraktiv erscheinen zu lassen und konkret zu organisieren. Allzu früh wurden sie im mosennden Abseits zu ihrem eigenen Denkmal.

Eine nicht zu unterschätzende Chance auf Erneuerung des grünen Projekts durch das Hinzukommen eines zum belebenden Nachdenken und zu wirklicher Neukonstituierung zwingenden Widerparts aus dem Osten ist damit vertan; umso trauriger deshalb, weil es den Versuch wert gewesen wäre, auf diese Weise die Modernisierung der Grünen durch das weiterführende Anknüpfen an das Selbstverständnis der Partei vor den Zeiten des linksnostalgiegen Flügelkampfes zu wagen. Die Partei auch von Petra Kelly hätte das wieder sein können.

Michael Will

Andere Meinungen

Steuererhöhungen und Stolpeausschuß sind die Dauerbrenner für die Kommentatoren. Nicht nur, weil beide Themen immer wieder in die Nachrichten gespült werden. Mehr noch, weil sich wegen ihres diffusen Ausgangs trefflich über ihre Inhalte streiten läßt.

Ähnlich wie beim Tempolimit und dem Paragraphen 218. In der Gewichtung der beiden brisanten Streitpunkte liegt das Steuerthema eindeutig vorn. Doch weniger, weil es dabei auch - wie bei Stolpe - um Ansehen und Zukunft eines Politikers geht, in diesem Fall um den Bundeskanzler -, sondern vor allem, weil ja beim Gelde bekanntlich der Spaß aufhört.

Die FRANKFURTER RUND-SCHAU beurteilt die unvermittelte Ankündigung von Helmut Kohl, 1995 doch die Steuer zu erhöhen als eine Flucht nach vorn. Das Blatt schreibt:

„Aber Kohl unterschätzt die Dimension des Problems. Am Rande einer schweren wirtschaftlichen

Krise nutzen taktische Vorschläge nicht nur nichts, sie schaden. Und es wird nicht lange verborgen bleiben, daß Kohls scheinbar mutiger Vorstoß nichts anderes ist als der Steuerlüge Teil zwei.

Solange jedenfalls, wie diese Regierung nicht bereit ist, eine schonungslose finanz- und wirtschaftspolitische Bilanz und die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Dieser Regierung ist das aber kaum noch zuzutrauen.“

Die in Bonn erscheinende Tageszeitung DIE WELT nennt Steuererhöhungen eine „Schraube ohne Ende“ und schlägt einen anderen Weg vor, um der von Helmut Kohl als Grund angegebenen Tilgung der „sozialistischen Erblast“ beizukommen:

„Die Ausgaben sollten sich an den Einnahmen orientieren und nicht umgekehrt. Steuererhöhungen sind die Ultam, nicht die Prima ratio. Was wäre eigentlich, wenn sie auch 1995 das Gift für die Konjunktur wären? Will der

Staat nicht Arbeitsplätze und soziale Stabilität gefährden, muß er zum Rotstift greifen. Am besten sofort und energischer als bisher.“

Die Münchener SÜDDEUTSCHE ZEITUNG meint, der Bundeskanzler streue mit seiner Ankündigung „dem Publikum Sand in die Augen“ und kommt zu dem Schluß:

„Bisherige Erfahrungen mit Einsparvorhaben der Koalition sprechen dafür, daß trotzdem bis zur Bundestagswahl auf zusätzliche Einnahmeverbesserungen nicht verzichtet werden kann. Längst rächt sich, daß die Koalition im Sommer nicht die Kraft gefunden hat, den Solidaritätszuschlag auf die Lohn- und Einkommenssteuer bestehen zu lassen.“

Daß die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl fürchterlich werden wird, ist sowieso jedem klar, der rechnen kann.“

Die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG sieht hinter den

posenhaften Streitereien zwischen den ehemaligen Stasi-Offizieren Wiegand und Rossberg um ihre Glaubwürdigkeit weitaus wichtigere Fragen nach dem Ansehen der Evangelischen Kirche und dem Ministerpräsidentenamt. Der Kommentator meint dazu:

„Die EKD muß dem Eindruck entgegenwirken, daß sie sich deshalb nicht vom Stasi-Kontaktmann Stolpe distanziert, um nicht den Blick auf andere freizugeben, die sich um das gute Verhältnis von Kirche und Kirchenverfolgern verdient gemacht haben. Und Stolpe muß nach den Aussagen von Eppelmann und anderen über ihre späte Enttäuschung einsehen, daß er mit der tröpfchenweisen Enthüllung seines Vorlebens den Eindruck erweckt, seine Wähler hinter Licht geführt zu haben, als er ohne Aufklärung im Detail für das höchste Amt im jungen demokratischen Staat kandidierte.“

Legt er jetzt kein Entlastungsmaterial auf den Tisch, bleibt ihm nur der Rücktritt.“

Ach so flach

Die Komitees für Gerechtigkeit sind ein Flop, so sehr sie auch dagegen anschimpfen. Anstelle des begeisterten Aufschreis aller Ostdeutschen treffen sich kleine Grüppchen, die über ihre mangelnde Resonanz lamentieren, sich aber unverändert geben, als repräsentierten sie eine Massenbewegung. Die Diskrepanz zwischen der mickrigen Wirklichkeit und dem hochmögenden Anspruch gibt das Projekt über seine inhaltliche Haltlosigkeit hinaus der Lächerlichkeit preis. Das ist gut so, denn der populistische Ansatz der Komitee-Leute konnte außer Illusionen, Fehleinschätzungen und Resentiments nichts nähren und nichts voranbringen: Allein der Gedanke, in sich selbst nachträglich gleichsam den ostdeutschen Partner der Alt-Bundesrepublik im Vereinigungsprozeß (also quasi die Ex-DDR) zu restituieren, zeugt von erschreckendem Unverständnis demokratischer Strukturen.

Sich mit hohlem „Wir-sind-das-Volk“-Pathos zum moralischen Rechtsnachfolger der untergegangenen DDR aufzublasen, hieß den Leuten Rosinen in den Kopf setzen und die Enttäuschung naiver Erwartungen programmieren. Mit im Materiellen und sonst gar nichts verhafteten Problem-Katalogen wedelnd, unablässig das Hohelied von den schnöde in den Orkus geworfenen Errungenschaften der untergegangenen Diktatur auf den Lippen, - so stand das Komitee vor seinem Volk.

Als das Volk dann ganz unprogrammgemäß begann, vor den Asylbewerber-Unterkünften die Sau rauszulassen, war eigentlich die Stunde des Offenbarungseides gekommen, - die Tiefe des aufgebrochenen Problems und die Dimension der Herausforderung war den Komitees in ihrem kleinkarierten Besitzstands-Denken entgangen. Mit den Rechten wollen sie nichts zu tun haben; es wäre aber ihres Nachdenkens wert gewesen, ob sie mit der Neigung zur inhaltlichen Verkürzung auf den sozialen ost-westlichen Gleichstellungsbedarf und zu pauschalen Schuldzuweisungen nicht nur auf die andere Seite der gleichen Medaille gesetzt haben. Statt dessen baut man nun mit der anbietenden Ankündigung antirassistischer Aktionen an der Seite von Kirchen und Gewerkschaften die letzte Bastion der Selbstgerechtigkeit auf. Weiter ist von der „Erstellung von Problemkatalogen“ die Rede, vom „Druck von der Straße“ und immer noch von „institutioneller Interessenvertretung als Ersatz für den untergegangenen Partner des Einigungsvertrages“. Man sei nun nach der „Gründungs euphorie“ bei den „Mühen der Ebene“ angekommen. Es sind aber nicht die Mühen der Ebene, die den Komitees zu schaffen machen, sondern die Nöte der Flachheit. Hoffentlich haben das jetzt auch die Letzten gemerkt.

Franz Maag

Impressum:

MECKLENBURGER AUFBRUCH

ist eine unabhängige Publikation veröffentlicht unter der Lizenznummer 76. ISSN 0863-369 X. Register-Nummer 309

Herausgeberin und

Chefredakteurin:

Regine Marquardt

Redaktion:

Politik: Regine Marquardt

Wirtschaft/Umwelt: Michael Will

Kultur: Wolfram Pilz

Ständige Autoren:

Agelior, Kori Bäk, Catherine Doose,

Bernd C. Hesslein, Helmut Kater,

Dr. Udo Knapp, Franz Maag,

Meir Mandelboom, Holger Panse,

Waldemar Schlegel, Dr. Corna Stephan,

Dorothee Trapp,

Verlag:

Mecklenburger Verlag GmbH

Puschkinstraße 19

2750 Schwerin

Telefon: 8 33 88

Verlagsleitung:

Hans-Ulrich Gienke

Anzeigen: Reiner Prinzler

Satz:

Gabriele Endreß

Anzeigen-Satz:

EDV-Satzstudio D. Roggentin

Fregattenstraße 61, 2400 Lübeck

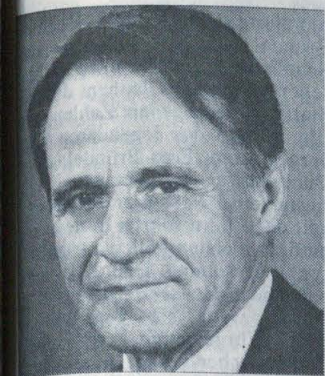
Druck: LN-Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht Zuschriften, die sich nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers decken. Aus redaktionellen Gründen werden ggf. Kürzungen vorgenommen.

Thema

„Macht - nicht um ihrer selbst willen“

Interview mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose



In den letzten Wochen macht wieder das Thema „Große Koalition“ die Runde, steht die nun allmählich ins Haus?

Ich verwende darauf keinen Gedanken, der länger ist als ein Relativsatz. Ich glaube daran vor '94 sowieso nicht, und für die Zeit nach '94 spekuliere ich nicht. Zu meinen wenigen Grundsätzen gehört, über das Ergebnis von Wahlen zerbreche ich mir den Kopf, wenn das Ergebnis vorliegt.

Falls die SPD morgen an die Macht käme, was würde denn grundlegend anders?

Also „an die Macht“, das gefällt mir nicht.

Gefällt Ihnen „in die Verantwortung“ besser?

Gefällt mir schon besser. „An die Macht“ klingt immer so gewaltig. Sie kennen doch den Spruch von Kurt Tucholsky: „Die Sozis hätten geglaubt, sie wären an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

Also was wäre anders? Ich glaube wir würden insbesondere bei dem Thema Gestaltung der deutschen Einheit einen neuen Anfang machen. Ich glaube einfach, daß der nötig ist.

Wie sähe der denn aus?

Wir würden einfach den Menschen im Osten und auch im Westen sagen, wie die wirkliche Lage ist. Was das angestrebte Ziel ist, welche Maßnahmen ergriffen werden müssen, was das finanziellen Aufwendungen erfordert und wie die finanziellen Mittel aufgebracht werden können. Das muß

man ihnen deutlich sagen, das ist bisher nie geschehen.

Die SPD weiß die konkreten Zahlen und kennt die konkreten Maßnahmen?

Ich glaube jedenfalls, daß wir es besser und längerfristig kalkulieren würden, weil wir als Programmpartei ja mit langer Perspektive arbeiten. Das unterscheidet uns von den Konservativen, die mehr Tagespolitik machen, auch machtbewußter als wir sind.

Sie distanzieren sich so deutlich von der Macht, ist das nicht ein Defizit? Will die SPD keine Macht?

Nein. Es gibt kluge Leute, die der SPD immer vorgehalten haben, sie habe ein gestörtes Verhältnis zur Macht. Ich finde aber nicht, daß das falsch ist. Man erstrebt ja nicht Macht um ihrer selbst willen, sondern um bestimmte Dinge zu tun. Das war bei der SPD immer so und das soll sie auch um Gottes Willen nicht ändern.

Nun gibt es ja die Vorstellung, ein Solidarpakt würde das Problem deutsche Einheit lösen. Wie

müßte der aussehen, daß Ihre Partei ihn mitträgt?

Es gibt viele Bestandteile, die der Solidarpakt enthalten müßte. Es kann sicherlich keinen Solidarpakt geben, der solidarische Opfer nur von der Arbeitnehmerseite fordert.

Es ist unübersehbar, daß es die vielzierte Gerechtigkeitlücke bei der Finanzierung der Einheit gibt, es zahlen effektiv die kleinen Leute absolut und auch relativ mehr als die Besserverdiener, das muß bereinigt werden, sonst kann es so etwas wie Solidarität nicht geben.

Ist das nicht ein ziemliches Drama, daß die Konjunktur sich jetzt im Abschwung befindet?

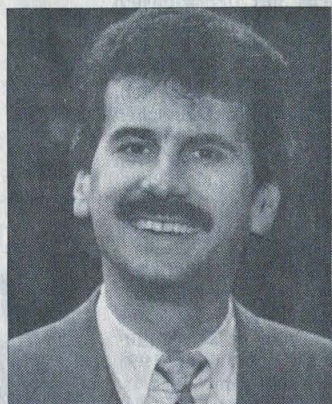
Steuererhöhungen, wenn es denn darauf hinausläufe, sind für die Konjunktur nie optimal, auf der anderen Seite: Was wäre denn eigentlich passiert, wenn wir den Solidaritätszuschlag einfach hätten weiterlaufen lassen. Deswegen wäre nicht eine Mark weniger investiert worden.

„Linker Wohlstandschauvinismus“

Interview mit dem Bundesgeschäftsführer der SPD Dr. Karlheinz Blessing

Das Klima ist rauher geworden in Deutschland, überrascht Sie das?

Ja, wenn ich an die Stimmung von 1989 denke. Als sich dann herausstellte, wie die wirtschaftliche Situation in der ehemaligen DDR war, konnte man das ahnen.



schaftspolitik, für Infrastrukturmaßnahmen. In den 70er Jahren war in den alten Bundesländern eine ganz ausdifferenzierte Strukturpolitik und Regionalplanung da. Es wurden Zentren der Wirtschaft und Bildung geschaffen. Das fehlt in den neuen Bundesländern. Für das alles braucht man Geld. Und es war ein Kardinalfehler, daß die Bundesregierung versprochen hat, es werde alles nichts kosten. Ebenso war es ein Kardinalfehler, daß der Solidaritätszuschlag wieder ausgelaufen ist. Jetzt wird ein neues Finanzierungskonzept gesucht. Ergänzungsabgabe und Solidaritätszuschlag nimmt man nicht in den Mund, um nicht wieder einer Steuerlüge bezichtigt zu werden. Es führt aber kein Weg daran vorbei.

Das wäre der ökonomische Akzent, wie sähe der andere aus?

Wir hätten länger ganz bewußt mit Ungleichzeitigkeiten leben müssen. Es war ein Fehler, daß alles im Maßstab eins zu eins übertragen werden sollte. 40 Jahre unterschiedlicher Entwicklung können nicht einfach außer acht gelassen werden. Es wäre besser gewesen, den Menschen in den neuen Bundesländern ihre eigenen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens, politische Willensbildung finden zu lassen. Es sollte einen autonomen Entwicklungsprozeß in den neuen Bundesländern geben. Wobei man klar sehen muß, daß dies nicht mißbraucht werden darf, um ökonomische Ungleichzeitigkeiten bei Löhnen, bei Einkommen festzuschreiben.

Sondern?

Also ich könnte mir vorstellen, daß kulturelle Ungleichzeitigkeiten einen Weg darstellten.

Das müssen Sie erklären...

Es muß doch nicht alles so laufen, wie es aus den westlichen Bundesländern bekannt ist. Die Willensbildung der Parteien in den neuen Bundesländern kann sich doch ganz anders vollziehen. Wenn die lieber auf Vollversammlungen diskutieren wollen, dann muß doch nicht ein Delegiertensystem hochgehalten werden, nur weil es im Westen so ist. Wenn das Ritual zwischen Regierung und Opposition sich anders abspielt, als wir das aus den alten Bundesländern kennen, dann soll das doch so ablaufen.

Wäre solche Ungleichzeitigkeit nicht auch ökonomisch hilfreich?

Ich bezweifle, ob das noch möglich ist, wenn es nicht zu sozialer Ungerechtigkeit führen soll. In dem Moment, wo man die DM eingeführt, war Ost-Deutschland in den einen Weltmarkt eingeführt ohne flankierende Maßnahmen. Zum Beispiel wären differenzierte Mehrwertsteuersätze ein Mittel gewesen. Es muß Zeit gekauft werden, bis die Betriebe in die Märkte reinkommen. Sie müssen saniert werden. Es darf nicht der Fehler gemacht werden, daß die Vergangenheit oder auch die Gegenwart konserviert wird: Die Zukunftsmärkte müssen in den Blick kommen, die im Osten, aber auch die, die etwas mit Zukunftstechnologie zu tun haben. Ich halte das, was Lothar Späth bei den Zeisswerken gemacht hat, für richtig. Da war die Maxime nicht, Zeiss müsse in jedem Falle erhalten bleiben, sondern Jena muß als Technologiestandort erhalten werden.

Ich weiß, daß Werft- und Stahlindustrie auf einem bestimmten Level erhalten bleiben muß, aber man darf nicht den Eindruck erwecken, als wären das die Zukunftsindustrien.

Also doch erstmal der Zusammenbruch, um den innovativen Schub zu ermöglichen?

Nein, von Reinigungskrisen halte ich nichts. Regionen dürfen nicht entindustrialisiert werden. Der Verdrängungskampf des Marktes schreibt dann fest, daß solche Regionen für lange Zeit industrielle Wüsten sind. Dann kann ich mir auch auf sozialem und kulturellem Gebiet kaum eine Einheit vorstellen.

Interviews: Regine Marquardt

Modernisierung der Linken

Kernsätze aus einem Vortrag von Peter Glotz beim SPD-Forum „Wende-Inventur“

Angesichts der Veränderungen, die der Politik der Bundesrepublik von außen aufgedrungen worden sind und angesichts der schwächlichen Reaktion der liberal-konservativ geführten politischen Klasse auf diese Herausforderung werden uns die zweiunddreißig Jahre zwischen 1957 und 1989 noch als idyllische, windstille, fette Zeit erscheinen. Selbst die Kritik der Linken an den sozialen Machtverschiebungen in der Zeit nach 1982 dürfte uns unter einer historischen Perspektive als systemimmanentes Gemurmel erscheinen. Das System der von der Doppelhegemonie USA/ UdSSR ruhiggestellten wohlfahrtsstaatlichen Demokratie zerbröckelt. Wir stehen, was immer der Gärtner-Konservatismus, die Verfassungskommission oder eine spätbürgerlich-alternative westzonale Linke behaupten, in einem Epochenbruch, nicht in einer Situation von Kontinuität und Konzentration. Von innen wird der Klassenkompromiß der alten Bundesrepublik durch die Entwicklung der Zweidrittelgesellschaft unterminiert; von außen bedrängen uns Migration, ethnischer Radikalismus und eine aggressive neonationalistische Ideologie. Die Idee, wir könnten das alte Theaterstück mit einer leicht veränderten, sozusagen aus dem Osten ergänzten Besetzung einfach weiterspielen, ist nicht etwa liebenswert-anachronistisch, sondern hasardeurhaft-gefährlich.

Zur Untermauerung dieser Ausgangsthese verweise ich auf fünf Entwicklungen, über die man nicht mehr ernsthaft streiten kann.

• Da ist erstens die Entstehung eines Rechtsextremismus, der in unterschiedlichen Gestalten hervortritt, insgesamt aber erstmals über politische Veto-Macht verfügt. Er besteht aus rechtsextremistischen, rechtspopulistischen und nationalkonservativ-nationalrevolutionären Elementen, die organisatorisch nichts miteinander zu tun haben, aber in die gleiche Richtung wirken. Wenn man sich gleichzeitig klar macht, daß in den neuen Bundesländern eine Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 30 % besteht und die sogenannte „Aufarbeitung“ des deutschen Kommunismus tausende von catilinarischen Existenzen gebiert, dann weiß man, daß das Deutschland von 1992 mit dem Deutschland der ersten Hälfte des Jahres 1989 nicht zu vergleichen ist.

• So wie sich die Linke in den sechziger Jahren durch das Entstehen der Grünen auffächert, fächert sich jetzt die Rechte auf. Unter dem Dach der Union lebten sie eh und je sozialdemokratisch-christlichsozial, nationalkonservative und wirtschaftsliberale Kräfte recht und schlecht zusammen.

Helmut Kohls Middle-through-Pragmatismus war ganz und gar unfähig, die drei Strömungen in der Union zusammenzuhalten. Deswegen findet jetzt das statt, was wir normalerweise mit dem hilflosen Begriff „Rechtsstruktur“ bezeichnen. Der Linken bietet die Auf-

fächerung des liberalkonservativen Lagers die Chance, die Republik für lange Zeit zu führen. Der Schritt, den Helmut Kohl und Theo Waigel nach rechts machen müssen, um ihren Laden einigermaßen zusammenzuhalten, macht die Mitte frei. Die Frage ist allerdings, ob diese Linke ihrerseits zu kaltblütiger Politik in der Lage ist oder ob sie sich



mit dem in Gärung befindlichen bürgerlichen Lager intellektuell und politisch zu einer zaghaften Verliererkonkordanz zusammenschließt.

• Die Deutschen waren in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren nicht besonders hysterisch, weil sie reich waren. Das Schmiermittel Geld steht in den nächsten Jahren aber nur noch in Spurenelementen zur Verfügung. Wie wird sich das auf den Verfassungspatriotismus der größten europäischen Nation auswirken?

• Zu alledem kommt ein ganz unbekanntes Außendruck hinzu. Östlich der EG bildet sich ein Kordon von Kleinststaaten, deren Lebensfähigkeit (ich nehme als Beispiel die baltischen Staaten, die Slowakei oder die postjugoslawischen Republiken) nicht gesichert ist. Kleine Kriege sind wieder möglich; die bosnische Tragödie kann sich leicht vervielfältigen. Da die herkömmlichen Sicherheitsagenturen nicht richtig funktionieren, erstarkt die alte Ideologie des Nationalstaates.

• Denn - und damit beschreibe ich die fünfte Entwicklung - wir leben im „populistischen Moment“.

Die alte Bundesrepublik gibt es nicht mehr. Das liegt daran, daß ein strukturell geschwächter Konservatismus den Geschichtsbruch von 1989 nicht bewältigen konnte.

Die Aufgabe der Linken ist klar: Sie muß die Republik verteidigen. Die Aufgabe der Stunde ist die Bildung eines links-libertären Blocks. Links-libertär meint die Zusammenfassung der alten, sozusagen klassischen sozialdemokratischen Apparaturen, der sogenannten neuen sozialen Bewegungen, also der linksalternativen, ökologischen, progressiv-populistischen Strömungen und jener liberalen Schlüsselschichten, die man normalerweise mit den Begriffen technische Intelligenz, disponierende Angestelltenschaft, unternehmende Unternehmer abdeckt.

Die Beendigung des Kalten Krie-

ges hat die Welt von der Gefahr eines großen nuklearen Kriegs befreit. Stattdessen ist eine neue Konfliktarchitektur entstanden. Eine libertäre Linke muß auf die Weiterführung des Prozesses der Abrüstung dringen. Es wäre fatal, wenn ein weithin hochgerüstetes Europa der halben Welt Argumente für deren Rüstungspolitik lieferte. Sie darf aber nicht der Illusion verfallen, das Ende des Kalten Krieges habe Streitkräfte zuzusagen überflüssig gemacht. Zum Militär muß ihr mehr einfallen, als daß es abgeschafft werden muß. Eins ihrer Grundprinzipien sollte z.B. lauten: Integrierte Verteidigungsanstrengungen sind besser als nationale.

Es gibt zwei Denkfehler, die es zu vermeiden gälte. Der eine will Europa zur Speerspitze einer universalistischen Interventionsmacht machen. Die Idee, die Europäer hätten das Recht, überall auf der Welt das zu stiften, was sie als Ordnung ansehen, ist ethisch drapiertes Größenwahn.

Ebenso unverantwortlich wäre allerdings der Versuch, Europa strukturell eingriffsunfähig zu machen. Eine Linke, die Massenvertreibungen, innerstaatlichen Deportationen, die Ausrottung von Minderheiten und dem rassistisch oder religiös begründeten Genozid unter Berufung auf den Fetisch Souveränität zuschauen wollte, zerstört ihren moralischen Anspruch. In Europa sollten Friedenskörps wichtiger sein als Interventionstruppen. Die Linke darf aber nicht den Traum einer friedvoll prosperierenden Insel in einem Meer von Gewalt und Unrecht träumen. Das würde sie zur Machtlosigkeit verurteilen - und Europa der Rechten in die Arme treiben, die vom Paradigma einer Weltmacht Europa getrieben wird.

Eine libertäre Linke muß die Erneuerung der Produktionsstrukturen der europäischen Industriegesellschaften zu ihrem Projekt machen. Sie muß eine Vision der ökonomischen Zukunft formulieren. Sie muß von der Mentalität, die nur den Schutz der Arbeiter und Angestellten vor den Schachzügen des Managements im Blickfeld hat; hin zu einem eigenen Konzept. Die Linke muß die lebensentscheidende Bedeutung unternehmender Unternehmer für jede Ökonomie auch innerlich akzeptieren.

Es bleibt die Aufgabe, die Raubbaulogik ungesteuerter kapitalistischer Modernisierung zu zähmen. Es bleibt aber auch die unumstößliche Erkenntnis, daß sich eine produktive Wirtschaft nicht gegen eine geschlossene Front der Eliten des produktivistischen Sektors organisieren läßt.

Eine solche Haltung verlangt un-dogmatische Beweglichkeit. Auf das zentrale Problem Deutschlands, die Sanierung Ostdeutschlands angewandt; derzeit entstehen in den neuen Bundesländern zuwenig lokale Unternehmerleistungen und lokale Kapazitäten in der Forschung und Entwicklung sowie bei hochwertigen

Produktionen. Sie konzentrieren sich auch zu wenig auf die Problemregionen.

Kleine Kriege werden Ost- und Mitteleuropa so erschüttern, daß eine gleichzeitig faire und durchhaltbare Migrationspolitik für Westeuropa zu einer Schlüsselfrage des inneren und äußeren Friedens wird. Westeuropa muß sich mit der Tatsache abfinden, daß es längst ein Einwanderungskontinent geworden ist; Westeuropa muß aber bewohnbar bleiben. Nicht bewohnbar kann man - mit Hans Magnus Enzensberger - eine Gegend nennen, „in der es beliebigen Schlägerbanden freisteht, beliebige Personen auf offener Straße zu überfallen oder ihre Wohnungen in Brand zu stecken“.

Deutschland ist derzeit dabei, zu einem für Ausländer kaum mehr bewohnbaren Land zu werden. In der Migrationsfrage gibt es neben neurotischen auch reale Konkurrenzprozesse zwischen einwandernden und einheimischen Unterschichten. Eine SPD, die das nicht begriffte, würde ihr soziales Spektrum auf bestimmte Teile der Mittelschichten beschränken und sich damit unfähig machen, einen linkslibertären Block zu schaffen.

Die derzeitigen Dekompositionsercheinungen bei der CDU/CSU dürfen nicht mit weinerlichem Gerede von der „Staatskrise“ beantwortet werden, die einträte, wenn jetzt nicht alle Patrioten im gleichen Boot säßen. Wenn SPD und CDU/CSU sich 1994 oder früher zusammantun, werden Republikaner, FDP und Grüne deutlich anwachsen. Die beiden großen Parteien gingen, vergleichbar der italienischen Situation auf 30 % oder darunter. Eine solche Entwicklung machte Deutschland schwer kalkulierbar. Wenn aber eine erweiterte, undogmatische, libertär geprägte Linke den politischen Führungsanspruch erhebt und die Union nach zehnjähriger Regierungszeit in die Opposition verweist, wird diese Opposition durch einen entscheidenden Schritt nach rechts die Republikaner schnell von der Platte putzen. Eine solche, erneut zusammengefaßte und sicherlich erbitterte Opposition wäre für eine heterogene Linke sicher ein schwieriger Gegner. Die Legislaturperiode zwischen 1969 und 1972 hat allerdings bewiesen, daß auch mit schmalen Mehrheiten und in großer Bedrängnis erfolgreiche Politik zustandezubringen ist. Ich empfehle meiner Partei also klipp und klar, dem Spuk von rechts mit dem Versuch zu begegnen, eine Ampelkoalition auf Bundesebene zustande zu bringen.

Für Deutschland ist klar: Die Nacht für Nacht brennenden Ausländerheime beweisen, daß die bisherige Führung der Bundesrepublik dieses Land nicht mehr in der Hand hat. Die Linke darf jetzt nicht forfahren, sich die Haare zu raufen und über Paragraphen zu streiten; sie muß sich zusammenraffen und zeigen, daß sie eine Alternative hat.

Bildung/Soziales

„... wo ich doch meinen Eltern nur eine Last bin!“

Kinder, die sich das Leben nehmen

Alle drei Tage stirbt in Deutschland ein Kind von eigener Hand; alle zehn Stunden ein Jugendlicher. Annähernd tausend Kinder pro Jahr machen den Versuch, aus einer ihnen lieblos erscheinenden Welt zu scheiden. Doch das grausige Thema ist ein wohlbehütetes Tabu - die Gesellschaft tut sich schwer mit den seelischen Deformationen ihrer Jüngsten. Dabei sind die ausgesandten Signale vielfältig, kein Kinder-Selbstmord kommt aus heiterem Himmel.

Die schwarzumrandete Annonce in einer Berliner Zeitung ließ auch routinierte Leser von Todesanzeigen schauern: „Über unseren kleinsten Alltagsorgen haben wir unsere Sonja vergessen. Mit elf Jahren ist sie, in ihrer Not von uns alleingelassen, aus ihrem und unserem Leben gegangen. Wir haben versagt, und mit der Lüge könnten wir nicht weiterleben.“ Soviel Ehrlichkeit ist ungewöhnlich. Die Eltern der kleinen Sonja aus Ostberlin, Hajo Poschulla, Computerverkäufer und Heidrun Poschulla, Erzieherin in einer Kindertagesstätte, (Namen v. d. Red. geänd.) meinten bis zu jenem Tag im späten Mai den Sturz in die Marktwirtschaft der neuen Republik zwar nicht ganz schadlos an Leib und Seele, aber doch glimpflich überstanden zu haben. Der Sturz der kleinen Tochter vom Wohnzimmer-Balkon in der elften Etage eines Plattenbaus in Berliner Osten benedete für's erste alle Illusionen. Sonja Poschulla, ein vermeintlich behütetes Einzelkind, Hajo Poschullas „Wuschelchen“, war mit Absicht über die Brüstung geklettert. Seitdem haben die beiden Poschullas „nur noch Kinder im Kopf“ und geraten im Interview geradezu in Bekenntniswut.

Sie hatten Mühe, ihre Bekenntnis öffentlich zu machen. Zwei Zeitungen fanden die Todesanzeige degoutant und lehnten sie deshalb ab. Sie sind - für denselben Sachverhalt -, andere, lieblichere Formulierungen etwa dieser Art gewohnt: „Ein tragisches Schicksal hat uns das Liebste entrisen...“ - „Unser Sonnenschein ist nicht mehr...“ - „Durch ein entsetzliches Unglück verloren wir den Mittelpunkt unseres Lebens.“ Das wundert nicht, denn zum Liebsten, zum Sonnenschein, zum Mittelpunkt werden Kinder bisweilen erst dann, wenn sie zu einer nüchternen Zahl in der amtlichen Statistik - hier: Abteilung Kinder - geworden sind. Das gilt auch für Kinder, die Opfer des motorisierten Verkehrs werden. Schließlich weiß jeder, daß Kinder im mörderischen Spiel des Straßenverkehrs naturgemäß nie Täter sein können. Hier freilich ist die Rede von der „Selbstmord-Statistik“.

Es ist eine ebenso schreckliche wie unbekannte Statistik. Unter den mehr als 12 000 gesamtdeutschen Selbstmördern des vergangenen Jahres waren 112 Kinder unter 15 Jahren und annähernd eintausend junge Menschen zwischen 16 und 20 Jahren. Grauen ist steigerungsfähig: Mindestens 1 500 Kinder und 3 000 Jugendliche haben in derselben Zeit den Versuch gemacht, aus dem Leben zu scheiden. Saisonale Höhepunkte: Zweimal pro Jahr, anlässlich der Zeugnisausgabe. Immer dann, wenn sich herausstellt, daß sich nicht früh genug gekrümmt hat, was einst ein elterlichen Ehrgeiz beständigster Leistungsträger werden sollte, klettert die Suizidrate bei denen, die eben erst begonnen haben zu leben. Vier Fünftel der registrierten Selbstmorde von Kindern fallen in diese Zeit.

Die Dunkelziffer wird von Suizid-Forschern und Ärzten auf wohl das Dreifache geschätzt. Sie gehen davon aus, daß jeder zehnte Selbstmord oder Selbstmordversuch von einem Menschen unter 25 Jahren begangen wird. Die Namenslisten sind in den alten Bundesländern in nur zehn Jahren (bis 1989) um die Hälfte, in Gesamtdeutschland seit der Vereinigung wiederum um fünfzig Prozent länger geworden. Nicht genug, daß

die Bundesbürger zu ihren vielfältigen positiven Rekorden den beschämenden eines „Vize-Weltmeisters“ (nach Dänemark) bei der Selbstmordrate hinzufügen müssen, mit der Zahl der Kinder, die ihr kaum begonnenes Leben wegwerfen wollen, sind sie Spitze. Nur die Verbindung eines gnädig-effektiven Gesundheits- und Rettungswesens mit der robusten Konstitution von Kindern und deren Unkenntnis „perfekter“ Methodik, so Experten, behütet die Deutschen vor einem uneinholbaren Weltrekord. Den Deutschen nahe kommen sowieso nur noch Japaner, Österreicher und Dänen.

Daß schon Zehnjährige ihr Leben aus eigenem Antrieb beenden (die jüngste Selbstmörderin des Jahres 1991 war acht Jahre alt!), ist eine Wahrheit, die niemand so recht hören möchte. Wie bei Kindesmißhandlung, sexuellem Mißbrauch oder Inzest mit Kindern verhält sich die gesellschaftliche Betroffenheit vorrangig dadurch, daß das Thema tabuisiert wird. So dürften auch die amtlichen Statistiken eher geschönt sein. Es gibt nach Experten-Überzeugung zu viele Ärzte, Kriminalbeamte, Sozialarbeiter, die in bester Absicht die Gefühle der hinterliebten Eltern schonen möchten und letztlich einen natürlichen Tod, einen Unglücksfall bescheinigen. In den Gift-Notrufzentralen der Bundesrepublik beispielsweise ist zwar von Kinder-Selbstmorden nie die Rede, aber daß hinter den rund 225 000 SOS-Rufen, die Kinder betreffen, etliche nie geklärte Selbstmordversuche von Kindern

stecken, gilt als Binsenweisheit. Ein Toxikologe aus der Münchner Zentrale: „Wenn ein Dreizehnjähriger einen Abflureiniger in einem Glas Kognak auflöst und das trinkt, sollen wir das für einen Unfall halten? Oder was sollen

wir davon halten, wenn eine Fünfzehnjährige sich auf der Toilette einschließt, um dort Cyngas aus einem Rattengift zu inhalieren?“ Nichts Böses sollte dabei gedacht werden - beide Fälle stehen in der Statistik später unter „Haushaltsunfälle“.



Einem Würzburger Suizidforscher sind Fälle bekannt, bei denen sich - nach amtlichen Protokollen - ein Zwölfjähriger „in einer Seil-Schlinge unglücklich verheddert und dabei erdrosselt“ hat; ein Vierzehnjähriger hatte sich unter den Auspuff des elterlichen Autos gelegt - „in Unkennt-

nis der Giftigkeit der ausströmenden Gase“. Bei genauerem Hinsehen entpuppten sich alle drei - und gut zwei Dutzend mehr - als geplante Kinder-Selbstmorde: Der Zwölfjährige hatte sich von seinen Schulkameraden verabredet mit dem Hinweis, er werde sich jetzt aufhängen. Das dazu benötigte Springseil hatte er sich

von seiner achtjährigen Schwester geborgt mit der Bemerkung: „Wenn ich tot bin, kriegst du es wieder!“ Die Elfjährige hatte am Tag vor ihrem Tod stundenlang den Vater, einen begeisterten Hobby-Gärtner, mit Fragen nach der Giftigkeit diverser Substanzen genervt: „Papa, wie schnell stirbt ein Maulwurf? Kann ein Mensch auch wie ein Maulwurf sterben?“ Auch der Vierzehnjährige war durchaus sachkundig - an seinem Todestag standen auf dem Stundenplan in Chemie die „toxischen Wirkungen der Oxyde der Kohlenstoffe“. Von der Elfjährigen wurde auch gleich noch ein Abschiedsbrief bekannt: „Warum soll ich denn weiterleben, wo ich meinen Eltern doch nur eine Last bin!!!?“ Die drei Fragezeichen hinter den drei Ausrufezeichen verhalten ungesehen. Dabei können Kinderschützer durchaus mit dem lebensnahen Rat dienen, daß kaum ein Kind „kommentarlos in den Freitod geht“. Die Hinweise freilich können schon mal zwischen Fischstäbchen und Pommes kommen - „Mama, ich mag nicht mehr leben!“ Es gibt auch gegenteilige Signale, wie Kinderpsychologen wissen: „Dem Lehrer wünsch ich, daß er bald tot ist“, das klingt womöglich nach kindlich-überzogener Kritik. Es kann aber auch das Signal für eine fatale Auseinandersetzung mit dem Tod sein: „Den Lehrer kann ich ja doch nicht tot machen, aber mich selber schon.“ Logisch die fatale Quintessenz. So dürften, schenkt man der di-

plomierten Psychologin Heidrun Bründel von der Bildungs- und Schulberatungsstelle im westfälischen Gütersloh Glauben, die zur Statistik geronnenen Zahlen nur „die Spitze des legendären Eisberges“ sein. Frau Bründel: „Die Dunkelziffer der Versuche muß riesig sein!“ Scham und Ratlosigkeit der Eltern führen in den vermutlich meisten Fällen zur gnädigen Vertuschung. Daß dabei mitunter auch Hausärzte bereitwillig helfen, wenn sie Vergiftungen oder Würgespuren als Folgen „spielerischer“ oder „häuslicher“ Unfälle attestieren, gilt zum Beispiel dem Deutschen Kinderschutzbund als gesichert. Die wohlmeinenden Helfershelfer im Dienste eines gesellschaftlichen Tabus sind allüberall und allzeit präsent - Eltern und Ärzte, Polizisten und Staatsanwälte und auch mal Pfleger vom Jugendamt. Ein Düsseldorfer Kripo-Beamter mit jahrzehntelanger Erfahrung in der Ermittlung von Todesursachen gesteht: „Wenn man einen einwandfreien Kinder-Selbstmord ausermittelt hat und vor fassungslosen Eltern steht, dann ist die Versuchung groß, das Geschehene als Unfall einzuordnen. Unsere Ermittlungsergebnisse ändern schließlich nichts. Sie können nur eine Familie ruinieren.“ Wen wundert's, sind doch die Eltern der Opfer selber Opfer. Noch weniger wundert es, wenn man berücksichtigt, daß schon statisch mehr als die Hälfte der kindlichen und jugendlichen Lebensmüden von ihrer Herkunft eher aus dem oberen Mittelstand und der Oberschicht kommen.

Was übrigens auch für den erschreckenden Zuwachs an halbwüchsigen Selbstmördern in den neuen Bundesländern gilt - gefährdeter als die Kinder von sogenannten Verlierern der Einheit scheinen dort Kinder aus vermeintlich intakten Familien, denen der Anschluß an die oft als gnadenlos empfundene Wettbewerbsgesellschaft nach westlichem Vorbild geradezu muster-gültig gelungen ist. Grad wie im westlichen Leben. Da hilft nur noch, das Problem unter den Teppich zu kehren.

Tabus freilich, so weiß man in aufgeklärten Gesellschaften, verhindern mitnichten, was sie zu verbotenen Themen erklären. Im Gegenteil. Sie fördern, was doch nicht sein darf. So weiß auch Heidrun Bründel: „Es gibt viele Ursachen für die spontane Aufgabe eines jungen Lebens. Armut und Verzichtsmüssen sind darunter die seltensten. Aber es gibt viele Alarmzeichen, die es Eltern und Lehrern ermöglichen, selbstmordgefährdete Kinder und Jugendliche zu erkennen. Man muß nur hinschauen.“ Auch sie, ebenso wie ihr Kollege, der renommierte Jugendforscher Klaus Hurrelmann von der Uni Bielefeld, ist überzeugt, „daß dem Selbstmord eines jungen Menschen immer eine ungleich längere Leidenszeit als bei Erwachsenen, eine seelische Krankheit vorausgeht“, aber die würde „vielfach von der erwachsenen Umwelt nicht erkannt oder einfach als Spinnerei abgetan.“ Und oft genug, so hat es den Anschein, reicht auch die Erkenntnis nicht. So hatte die elfjährige Sonja aus Berlin schon vor anderthalb Jahren erste Signale ausgesandt, weil sie sich überfordert fühlte. Mit höchst verspäteter Selbstkritik gesteht der Vater heute ein, er habe seine Tochter „auf Leistung trimmen“ wollen, habe ihr für jede Fünf eine Freizeitsperre verordnet, jede Vier mit Taschengeldkürzung beantwortet und sich „eigentlich nur noch richtig Zeit für Standpauken genommen“. Und „weil sie nicht sofort so wollte, wie ich es wollte“, sprach er tagelang überhaupt nicht mehr mit ihr. Einmal, am - selten gewordenen - gemeinsamen Abendbrot hat sie den Vater gefragt, warum sie denn überhaupt noch lebe, wenn keiner sie richtig haben will. Da hätte er einen Moment aufgehört, seine Tochter in den Arm genommen, aber dann hätte das Telefon geklingelt... Eine halbe Stunde später war Sonja tot.

Die Sorge mit der Sorge

Materiell ist die elterliche Sorge für Kinder als Unterhaltspflicht geregelt. Dabei wird allerdings nicht auf das Kind insbesondere abgestellt. Vielmehr haben Verwandte in gerader Linie untereinander stets einen Unterhaltsanspruch, vorausgesetzt, daß sie außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. Ein möglicher Unterhaltsanspruch besteht also zwischen Eltern und ihren Kindern, nicht jedoch unter Geschwistern oder gegenüber Geschwistern der Eltern. Voraussetzung ist stets die Bedürftigkeit, d.h. die Unfähigkeit, durch eigenes Vermögen oder eigene Erwerbstätigkeit den Unterhalt selbst zu bestreiten.

Sollte ein Kind bei seinen Eltern leben, so wird ihm der erforderliche Unterhalt regelmäßig in Naturalien gewährt werden. Dabei hat das einzelne Kind durchaus Anspruch auf angemessene Leistungen, die nicht im Mißverhältnis zur Vermögenssituation der Eltern stehen dürfen. Erzieherische Momente sind allerdings zu berücksichtigen, so daß eine Millionärstochter nach deutschem Unterhaltsrecht durchaus ganz normal aufwachsen kann und keinen einklagbaren Anspruch auf einen Privatjet zum Einkaufen in New York hat. Und umgekehrt? Wenn die Eltern nicht die Mittel haben, um ihren Unterhaltspflichten nachzukommen, sind sie zumindest verpflichtet, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gleichmäßig, d.h. ohne für sich mehr als das zur Existenz notwendige zurückzubehalten, für sich und die Kinder aufzuwenden. In dieser Situation besteht für die Eltern eine besondere Pflicht, die Unterhaltsmittel heranzuschaffen. Es besteht eine erhöhte Pflicht zur Ausnutzung der eigenen Arbeitskraft und zur besonders intensiven Arbeitssuche u.U. auch im Zusammenhang mit Orts- und Berufswechsel.

Diese Verpflichtung besteht in dieser Schärfe allerdings dann nicht, wenn das Kind von seinem eigenen Vermögen zehren könnte oder wenn andere leistungsfähige und zahlungspflichtige Verwandte existieren. Sollte das Kind nicht bei seinen Eltern, oder zumindest nicht bei beiden, leben, so hat es gegenüber dem Elternteil, bei dem es nicht lebt, einen Unterhaltsanspruch in Geld. Der Elternteil, bei dem das Kind lebt, leistet in Naturalien. Der Unterhaltsanspruch in Geld richtet sich nach dem von unehelichen Kindern gegenüber ihrem Vater. Die Höhe richtet sich nach dem Einkommen und dem Alter des Kindes. Der Einigungsvertrag geht von unterschiedlichen Sätzen in den neuen Ländern aus und ermöglicht jedem Bundesland einzeln den Erlaß von Verordnungen, in denen dieser Regel-Unterhalt festgesetzt wird. Eine solche Verordnung gibt es dementsprechend auch in Mecklenburg-Vorpommern. Der Satz liegt deutlich unterhalb desjenigen für die alten Bundesländer üblichen. Man wird allerdings feststellen müssen, daß sich die Verhältnisse - jedenfalls in Hinblick auf die Lebensunterhaltskosten - soweit den alten Bundesländern angeglichen haben, daß eine Unterscheidung nicht mehr vernünftig zu erklären ist. Anderenfalls ergäbe sich ein Reservat für unterhaltspflichtige Elternteile. Die Differenz zu den Bedürfnissen des Kindes dürfte regelmäßig von dem anderen Elternteil geleistet werden.

Ein Vertrag über einen Verzicht auf Unterhaltsleistungen ist wegen Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot nichtig. Ein nichteheliches Kind kann allerdings auch für die Zukunft abgefunden werden. Die elterliche Sorge im engeren Sinne ist im Bürgerlichen Gesetzbuch in den §§ 1626 ff. geregelt. Sie umfaßt zum einen die

persönliche und zum anderen die Vermögenssorge. Dabei ist mittlerweile das Konsensprinzip zwischen den Eltern eingeführt worden, eine letzte Entscheidungsgewalt beim Vater besteht nicht mehr.

Die persönliche Sorge bezieht sich auf die Pflege, die Erziehung, die Beaufsichtigung und die Be-

Von Rechts wegen

körperlichen oder seelischen Zwang dazu einzusetzen. Dabei kann es aber nur um die Grundausrichtung der Erziehung gehen. Letztendlich ist aber kein Vater und keine Mutter allzeit und immer in der Lage, diese hohen Anforderungen zu erfüllen. Ein Familienrechts-Professor brachte das in seiner Vorlesung auf den knappen Punkt „Wer Kinder erzieht, versündigt sich gegen sie.“ Dabei wollte er allerdings in keiner Weise der Resignation oder sogar der Ablehnung einer Erziehung das Wort reden. Vielmehr ging es ihm um eine realistische Sicht der eigenen Fähigkeiten. Schließlich bekommt die Frage elterlicher Sorge auch noch eine strafrechtliche Komponente, die hier allerdings nur noch kurz angedeutet werden soll. Der säumige Unterhaltszahler riskiert eine Geldstrafe bzw. sogar eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren (§ 170 b StGB). Verletzen die Eltern ihre Fürsorge- oder Erziehungspflicht in gröblicher Weise und gefährden sie dadurch die körperliche oder psychische Entwicklung des Kindes, so drohen die gleichen Strafen (§ 170 d StGB). Der gröbliche Verstoß muß dabei allerdings Dimensionen annehmen, die das übliche Maß von Nachlässigkeit übersteigt. Im Gesetztext ist u.a. von der Gefährdung die Rede, einen kriminellen Lebenswandel zu führen oder der Prostitution nachzugehen.

Das bloße Berufen darauf, dem Kind nichts mehr sagen zu können, reicht da nicht mehr aus. Vielmehr steht der Staat mit Fürsorgemaßnahmen bereit, um die Eltern in ihrer Aufgabe zu unterstützen. Dafür müssen die Eltern aber zunächst zu der Selbsterkenntnis finden, daß sie allein nicht mehr zurecht kommen.

Es ist in jedem Fall eine Herausforderung an die Qualität der Erziehung, einerseits das erstrebte Verhalten des Kindes zu erreichen, ohne hierfür andererseits

Uwe Jahn, Rechtsanwalt

Christine B. Willmann

Kultur

Gespräche beim Tee

Anfänge und Blütezeit der Berliner Salons 1789 - 1871

Das Buch gleicht dem ausgezeichneten Versatzstück: „Viele interessante und berühmte Leute sah ich in Rahels Salon (...). Alexander von Humboldt, (...), elegant und beweglich wie ein Franzose, tauchte oft plötzlich - blitzartig - ein aufregendes Irrlicht an Rahels Teetisch auf, knusperte ein paar geröstete Kastanien oder Biskuits, sagte Rahel, Henriette Herz und Bettina im Fluge die niedrigsten Schmeicheleien, plätscherte wie ein Salon-Springbrunnen von kölnischem Wasser die zierlichsten und pikantesten Hof- und Stadtneuigkeiten in das Tassenklirren hinein, plauderte mit Herrn von Varnhagen noch zwei Minuten (...) - und war verschwunden - wieder wie ein Irrlicht.“

Karoline Bauer erinnert sich beschreibend an die Abende im Salon der Rahel: Sie schreibt, wie auch andere, über den schönen geistvollen und schließlich vielbeweinten Prinzen Louis Ferdinand, über die Rezitationen der „Fee“ Friederike Unzelmann, die schauspielerischen Leistungen des „Abgottes“ Fleck, den selbstherrlichen Ifland, beschreibt das ruhige Einverständnis zwischen Henriette Herz und Friedrich Schleiermacher - und streicht währenddessen noch einmal mit den Fingern nachdenklich über den Rand ihrer Teetasse. Sie versucht den Kobold Bettina v. Arnim zu fassen, zeichnet den spanischen Gesandten d'Urquijo in schillernden Farben, erinnert an Heine, an Fichte, an Madame de Staël - und beobachtet das langsame Verlöschen eines Zeitgeistes.

Henriette Herz, Rahel Varnhagen und Bettina v. Arnim sind die Hauptfiguren eines Kapitels der deutschen Kulturgeschichte, das längst Legende geworden ist: die Berliner Salons des frühen 19. Jahrhunderts. Es ist die Legende einer an den Ideen der Aufklärung partizipierenden Gesprächskultur, eines sich in halböffentlicher Sphäre konstituierenden Diskurses. Es ist die Legende der Emanzipation der Religionen, vornehmlich der jüdischen, und die der Frauen. Die Legende einer Intimität wider die Entfremdung, die Legende einer konkretisierenden Kunstkritik und die Legende eines Ortes, der den Rahmen für selbige bildet. Berlin, genauer: Berlin - Mitte. Angesichts der heutigen One-Way-Show von Printmedien und TV, angesichts atemberaubender Anonymität, angesichts des schleichenden Verlustes der Aufklärung und nicht zuletzt angesichts der Popularität einer alten Hauptstadt erfährt die Wiederbelebung dieser Legende

Hochkonjunktur. Ein jetzt im Piper Verlag erscheinender Band will zu denken geben: „Sie sassen und tranken am Teetisch - Anfänge und Blütezeit der Berliner Salons 1789 - 1871“, herausgegeben von Rolf Strube. Wiedereinmal ist der geneigte Leser veranlaßt, sich mit Vor- und Nachteilen eines Sammelbandes auseinanderzusetzen. In sieben Abschnitten und einem zusammenfassenden Vorwort werden die Szenen und Nuancen der damaligen gesellschaftlichen, literarischen und politischen Kultur eingefangen, indem aus Erinnerungen und Briefen der Teilnehmenden kommentarlos zitiert wird. Die Texte sind unter den Gesichtspunkten der Darstellung, der Charakterisierung, der chronologischen und inhaltlichen Entwicklung der Salons gewählt und sollen für sich selbst sprechen. Mit dieser Verfahrensweise soll das Epigonenhafte eines solchen Unterfangens vermieden werden, denn das Thema ist spätestens seit den eigenständigen und abstrahierenden Beiträgen von Hannah Arendt, Ingeborg Drewitz und Christa Wolf keinesfalls originär.

Es ist, als platze der Leser inmitten einer Gesprächsrunde ihm unkenntlich gemachter Anwesender. Die einzelnen Ausschnitte sind nur durch mühsames Blättern zum Buchende zu belegen und entstammen nicht immer neuesten und überarbeiteten Originalausgaben. Zudem stößt der Leser auf Schwierigkeiten beim Konstruieren von Kontinuitäten.

In Riesenschritten eilt der Sampler von den Zusammenkünften im Hause des Aufklärers Friedrich Nicolai vorbei an den Lesegesellschaften zum who is who in der neuerbauten „Casa Lepsius“ des erfolgreichen Ägyptologen. Der Salon der Henriette Herz ist einer der ersten. Nicht zufällig ist die Dame des Hauses Jüdin. Die Juden des beginnenden 19. Jahrhunderts sind geprägt durch das aufgeklärte und auf Emanzipation hinwirkende Denken Moses-Mendelssohns, sie verfügen dank internationaler Kontakte über Informationen und Bekanntschaften aus Wissenschaft und Kunst und: Sie vermitteln im Gegensatz zur üblichen Handhabe auch ihren Töchtern eine umfassende Ausbildung. Voraussetzungen, die sie dazu prädestinieren, als einzige gesellschaftliche Gruppe - gerade aufgrund ihrer Außenseiterposition - die Kluft zwischen den Ständen zu überbrücken.

„Und ebenso lag es in den Verhältnissen, daß zuerst der strebende Teil der adligen Jugend sich anschloß, denn der Adel stand in der bürgerlichen Gesellschaft den

Juden zu fern, um selbst, indem er sich unter sie mischte, als ihresgleichen zu erscheinen. Freilich aber änderten sich innerhalb unseres Kreises die Verhältnisse früh genug. Der Geist ist ein gewaltiger Gleichmacher, (...). Bald folgten auch die freisinnigen unter den reiferen Männern, nachdem die Kunde solcher Geselligkeit in ihre Kreise gedrungen war. Ich meine, pour comble kamen wir zuletzt in Mode, denn auch die Diplomaten verschmähten uns nicht.“ Henriette Herz, in vielen Berichten als überaus schöne und kluge Frau beschrieben, räumt dem Prinzip des Dialoges Priorität ein und folgt damit dem „Versuch einer Theorie des geselligen Betragens“ ihres Freundes Schleiermacher.

Die noch heute bekannteste Gastgeberin ist Rahel Varnhagen. Sie, ebenfalls Jüdin, erlebt sich in einer christlich-bürgerlichen Gesellschaft und aufgrund biographischer Erfahrungen als Fremde, als Ausgegrenzte, als Ungeliebte. Das verzweifelte Erleben müht sie sich zu verkehren, indem sie Mittelpunkt eines Kreises intellektueller Geister wird. In ihrer „Dachstube“ lenkt sie die Freiheit des Diskurses gemäß ethisch-moralischer Grundsätze, beschreitet den idealistischen Weg zwischen der Aufklärung Kants und dem Fragment der Romantik. Das Gespräch wird zum Ort der Ich-Setzung. Außerhalb der Salons wird diese Praxis durch eine blühende Briefkultur vorangetrieben. Es sind Briefe, Zwischenschritt zwischen Mündlichkeit und Literatur, zwischen fiktivem und authentischem Ich, zwischen Dialog und Monolog, die absichtsvoll ein ungelebtes Ich fixieren. Sie füllen als explizite Dokumente der Frühromantiker den Raum zwischen Wahrheit und Wahrhaftigkeit, doch Strube weist auf diese Zusammenhänge nicht hin.

Im Brief deklamiert Rahel ihre Gefühle, Sehnsüchte, Ängste, im Brief beklagt sie in den ihr eigenen Aphorismen die verlorene Liebe zu Finckenstein, zu Brinkmann, zu d'Urquijo, „... ich mag nie eine Rede schreiben, sondern will Gespräche schreiben, wie sie lebendig im Menschen vorgeht, und nicht erst durch den Willen, und Kunst ... wie ein Herbarium, nach einer immer tot Ordnung hingelegt werden.“ Solche Sätze zitiert Strube nicht, auf den Schmerz um die Liebe verweist er nur vage. Der Brief ist gleich den Gesprächen beim Tee Vorläufer der Presse, insofern er Meinungen und Informationen im halböffentlichen Medium vervielfacht. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit

und die ökonomische Orientierung zur Wachstumsgesellschaft verändern die Gepflogenheiten und kulturellen Aufgaben der Gesprächskultur. Diesen Weg nachzugehen fällt angesichts der Ausschnitte des vorliegenden Buches eher schwer.

Bleibt zu nennen: Bettina v. Arnim. Bettine, geborene Brentano, wächst in Frankfurt auf und siedelt nach der Heirat mit Achim v. Arnim nach Berlin. Sie, die jahrelang Kinder erzieht und den Haushalt managet, bleibt bis zum Tode ihres Gatten für die Öffentlichkeit stumm. Gestautes Leben. Erst dann bricht sie auf, lebt, liebt und schreibt. „Bettine Brentano, (...), die mitten in dem enggeschürnten Dasein unserer modernen Beziehungen den Mut gehabt, ein Kind zu bleiben und ihre Empfindungen auszusprechen, ohne die Folgen zu bedenken, die heute das Große, Erhabene und Schöne erlangen muß, um für groß, erhaben und schön anerkannt zu werden“ schreibt Karl Gutzkow. Doch das von Strube beschriebene Bild bleibt eindimensional. Kaum erwähnt werden Bettines Veröffentlichungen, die literarische Transformationen literaturhistorischer und politischer Anliegen sind. Unerwähnt bleibt ihr Einspruch für die Brüder Grimm, für den polnischen Widerstandskämpfer Mieroslawskis und dessen Frau, für die Armen des Vogtlandes. Unerwähnt bleibt auch das niederträchtige Liebes-Spiel, das Fürst Pückler-Muskau mit Bettine spielt. Nur am Rande vermerkt wird ihre fast masochistische Verehrung Goethes. Und während die Sonntagsmattinen im Hause Mendelssohn - Hensel noch einmal den Rahmen für die Tradition der Tees eröffnen, treffen sich Maxe und Armgarth v. Arnim, Bettinas Töchter, mit jungen adligen Offizieren und wenden das Blatt.

Das Publikum wandelt sich von einem kulturrationierenden zu einem kulturkonsumierenden, aus dem gemeinsam „Symphilosophieren“ wird ein Stelldichein der Namen, statt der Förderung der Persönlichkeit kommt es auf das Marketing der richtigen Oberfläche an. Die politische Kultur wird restriktiv und die literarische hakt sich ein - oder emigriert.

„Sie sassen und tranken am Teetisch“ und bleiben im gleichnamigen Buch selten stumm. Aber wer soll schon symphilosophieren, wenn nicht wir?

Marika Katrin Langhorst

„Sie sassen und tranken am Teetisch - Anfänge und Blütezeit der Berliner Salons 1789 - 1871“; Hrsg. Rolf Strube; Piper Verlag München

Leben für die Wissenschaft

Vor 125 Jahren wurde Marie Curie in Warschau geboren

Kalenderblatt

Marie Curie ist 36, als ihr 1903 gemeinsam mit ihrem Mann Pierre der Nobelpreis für Physik zuerkannt wird. Sie ist die erste Frau, die diese Auszeichnung erhält, noch dazu in einer bis dahin von Männern besetzten Domäne. 1911 wird ihre wissenschaftliche Leistung mit einem zweiten Nobelpreis (diesmal für Chemie) gewürdigt. Noch 23 Jahre angestrengten Forschens liegen vor ihr, bevor sie 66jährig am 4. Juli 1934 in Paris als eines der ersten Opfer des Radiums stirbt, das sie 1898 gemeinsam mit ihrem Mann entdeckt hatte.

Zu der Zeit, als Maria Salomee Sklodowska - geboren am 7. November vor 125 Jahren in Warschau - sich für eine wissenschaftliche Laufbahn entschied, war es Frauen in ihrem Heimatland Polen verwehrt, eine Universität zu besuchen. Die in einer Atmosphäre des Lernens Aufgewachsene - der Vater ist Professor - wird zunächst Lehrerin, um das Geld für ein Studium im Ausland zusammenzubringen. 1891 ist es soweit. Die 24jährige nimmt das Studium der Mathematik und Physik an der Pariser Sorbonne auf, schließt als Beste von rund 30 Kandidaten ab.

1895 heiratet sie den französischen Wissenschaftler Pierre Curie.

Sie kocht, räumt, forscht, erzieht ihre zwei Töchter. In einem alten Hangar, der mehr einem Schuppen als einem Labor gleicht, in dem es im Sommer wie in einem Treibhaus und im Winter wie am Polar ist, machen Marie und Pierre Curie ihre sensationellen Entdeckungen des Poloniums und des Radiums. Marie übernimmt in der Folge den chemischen Trennungsprozeß, Pierre die physikalische Erforschung der Natur der neu entdeckten Elemente und ihrer Strahlung.

Für Marie bedeutet das körperliche Schwerstarbeit. Riesige Behälter müssen hin- und herbewegt und der Inhalt stunden-, manchmal tagelang mit Eisenstangen, die ihre Körpergröße haben, umgerührt werden. Pierre unternimmt einen gefährlichen Selbstversuch mit Radium, um die Auswirkungen der radioaktiven Strahlen auf den Menschen zu untersuchen. Experimente an Tieren führen schließlich zur „Curie-Therapie“, mit deren Hilfe einige Krebsarten erfolgreich bekämpft werden können.

1906 werden die „besten und glücklichsten Jahre“ ihres Lebens jäh unterbrochen. Pierre Curie verunglückt beim Zusammenstoß mit einem Pferdewagen tödlich. Bevor der Kutscher das Gefährt anhalten

kann, zertrümmert das linke Hinterrad den Kopf des Forschers.

Marie Curie setzt ihre Arbeit



fort. Sie erhält als erste Frau einen Lehrauftrag an der Sorbonne, wird zur ordentlichen Professorin ernannt und Leiterin eines Radium-Instituts. Der Erste Weltkrieg unterbricht abrupt die Forschungstätigkeit.

Die 47jährige lernt Autofahren und richtet rund 200 stationäre Röntgenanlagen in Lazaretten ein. Zusammen mit ihrer ältesten Tochter Irene, die später mit ihrem Mann Frederic Joliot in ihre Fußstapfen tritt (Nobelpreis für die Entdeckung der künstlichen Ra-

dioaktivität), bildet Marie Curie u.a. Soldaten zu Röntgenologen aus.

Nach dem Krieg sieht sie sich zwar im Besitz eines modernen Laboratoriums, aber es fehlt an allem, was zur Grundlagenforschung benötigt wird. Das Geld für die Nobelpreise hat sie bereits in die Forschung gesteckt. Eine triumphale Reise durch die USA 1921, die sie 1929 wiederholt, bringt durch Spenden die Mittel zum Kauf eines Gramms Radium (Wert damals 100 000 Dollar) ein. Die Arbeit kann weitergehen.

Ihr Alter ist überschattet von Krankheiten. Grauer Star auf beiden Augen, Fieberanfälle, Schmerzen und Hörstörungen als Folge der dauernden Strahleneinwirkung. Als sie 1934 an der Seite ihres Mannes beigesetzt wird, ist es Albert Einstein, der vor allem die ethischen Qualitäten dieser ungewöhnlichen Frau hervorhebt, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Menschheit stellte. Seine Mahnung „Wenn auch nur ein kleiner Teil von Frau Curies Charaktergröße und Hingabe in den intellektuellen Europas lebendig wäre, stünde es besser um Europas Schicksal“ ist heute aktueller denn je.

Dorothee Trapp

Paul A. Kleinert

Yuletide - Edinburgh 1989

vom Hafen kamst du
hoch den Leith Walk (kurz bei McNaughtan's vorbei)
durch die Princes Street Gardens
nahmst die Treppen am Mound, George IV Bridge
hin zu den Meadows

der Mond verhangen
gleichmäßig der Wegende
ab und zu riß die Rokendecke auf -
innehaltend mit einem Mal
stand das Bild MacDiarmid's vor dir:
die hochgewachsene Distel
in ständiger Veränderung
vor dem Hintergrund von Mondlicht und Whisky

Heimat
wieder nahm das Wort Wohnstatt
in dir

Nebel kam auf, glitzernde Kristalle hüllend
Yuletide
du wandtest dich in Richtung Arthur's Seat

XII. 1989

Eine alte Geschichte. Eine von den schnellen, kurzen Geschichten, die vorüberhasten, denen keine Gesten zu einem Abschied passen, sie selbst nur eine Geste sind, die enden und anfangen und enden in einem Augenblick, die mit dem nächsten Anfang enden, die einen Kreis ziehen und schließen, um im nächsten Moment bereits den folgenden, so auffällig ähnlichen Radschlag, zu eröffnen ...

Es sind die Fahrenslente, die Umhergetriebenen, die Wanderer zwischen den Welten, denen diese Geschichten begegnen, die diese Geschichten aushauchen und aufsaugen und leben. Es ist ihr Durchgangselben. ... vom Hafen, auf fremden Wegen, Straßen, über Treppen, durch Gärten - für einen Wimpernschlag ein Wort wie 'Heimat' schmecken - schon wieder abgewandt und weiter in eine andere Richtung ...

Paul A. Kleinert wurde 1960 in Leipzig geboren, studierte Kelto- und Theologie in "beiden Berlin" und Edinburgh, lebt in Berlin Kreuzberg.

Paul A. Kleinert, Gedichte, Leopold Brachmann Verlag, Berlin Lichtenberg 1992, 19.80 DM

Neu bei INTERCORD

Balanesco Quartet

Das Balanesco Quartet wurde 1987 gegründet. Es stammt zwar aus London, hat aber durchaus internationalen Charakter. Die Mitglieder des Quartets haben unterschiedliche Vorbildungen und bringen deshalb ihre besonderen Vorlieben und Erfahrungen aus verschiedenen musikalischen Bereichen ein. Das Balanesco Quartet verfiel leidenschaftlich eine neue Musik, die mit der Hörschaft auf direktem Wege kommuniziert. Es sucht neuen Kontext und Orte für seine Auftritte. Ganz besonders wird das Quartet mit der Musik Michael Nymans in Verbindung gebracht, einer der führenden Komponisten des 20. Jahrhunderts, der seine Genialität unter anderem als Komponist der meisten Musiken zu Peter Greenaway-Filmen bewies.

Das Balanesco Quartet trat in Konzertsälen wie Queen Elizabeth (London) oder Knitting Factory (New York) unter anderem mit Keith Tippett, Andy Shephard,

John Surman, Jack de Jonette und John Harle auf. Andererseits konnte es sich über Standing Ovations im ausverkauften Wembley-Stadion freuen, wohin die Pet Shop Boys geladen hatten. Streichersätze des Balanesco Quartets sind auch auf Alben von Kate Bush und Sam Brown zu hören.

Im Frühjahr 1991 veröffentlichte das Quartet Aufnahmen von drei Michael Nyman-Kompositionen für Streichquartett. Auf „Possessed“ sind neben eigenen Werken von Alexander Balanesco auch Interpretationen von Songs der Computerspezialisten „Kraftwerk“ zu hören. Aufnahmen von Werken zeitgenössischer amerikanischer Komponisten wie John Lurie, Michael Torke, Robert Moran und David Byrne sollen im nächsten Frühjahr folgen.

Die Musiker: Alexander Balanesco (Violine), Clare Connors (Violine), Bill Hawkes (Viola), Caroline Dale (Cello)
Aktuelle CD: „Possessed“

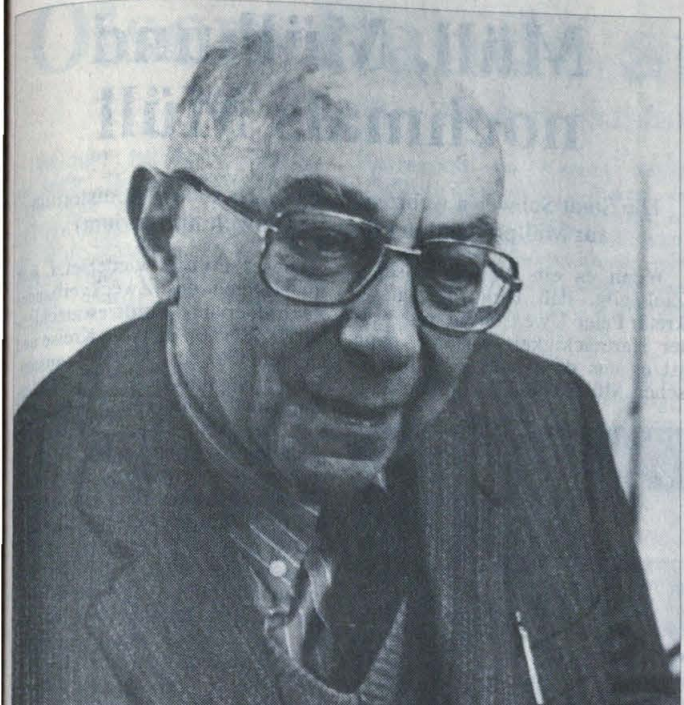
Vor'n Rathaus

„Meine Oma hat mir als Kind beigebracht, daß diesen Spruch an' Rathaus mit diese goldene Lettern ... ist, ne, kein Plattdeutsch ... und auch kein Warnschild auf Türkisch, daß für Ausländer: ist der Zutritt zu unsern Rathaus verboten ... ne, das soll auf diesen vornehm' Latein ... was heut bloß noch Ärzte und Apotheker könn' ... soll das ... also, irgend so'n Gebet oder magische Formel oder was ... jedenfalls, soll'n de Stadtväter immer gebetet hab'n, wenn de Stadt mal in Schwierigkeiten gekomm' ist ... und hat auch geholfen. Hab ich neulich auch mal ausprobiert, weil: hatte ich mir bei so'n Schnellimbiss ne feine Kalbsbratwurst gekauft ... und hau da auch rein mit meine neue Prothese ... und beiß direkt auf ne Spritze ... sonne lütte ... war auch von mein' Beißen unbeschädigt geblieben ... und stand „Östrogen“ auf, aber meine neue AOK-Gebißplatte natürlich: durchgebrochen. Klar, daß ich in diese Situation sofort diesen goldenen Rathausspruch ...

und hilft ja vielleicht auch bei Prothesen, also fang an: libertatem, quam peperere maiores ... weiter bin ich gar nicht gekomm' ... weil schon nach diese paar Worte lief da sowas von Wahnsinnswirkung ab, weil: hatte ich an' rechten Arm ein Herr vonne Ausländerbehörde, der mein' Ausweis kontrollieren wollte, an' linken hing ein Sozialarbeiter vonne Drogenberatung, der mich gleich in sein Zentrum abschleppen wollte ... und wer schubste mich von hinten in'r Rücken? Ein Beamter von' Verfassungsschutz in Zivil, der nachher bei de Vernehmung, hat er da: daß ich ein GAL-Flunki bin, der ne extremistische Äußerung über ne Demo oder ne Hausbesetzung gemacht hab ... Wo du an seh'n kannst, daß das bei uns in Hamburg noch wahnsinnig starke Sprüche gibt!“

entnommen aus: Wolfgang Sieg „Engel inne U-Bahn“, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1992, Hardcover mit Schutzumschlag, 176 Seiten, 32 DM

Kultur



GESPRÄCHE ÜBER DAS JAHRHUNDERT. Fast ein halbes Jahrhundert sind sie Freunde: der Schweizer Komponist und ehemalige Opern-Intendant Rolf Liebermann (Jahrgang 1910) und Hans Mayer (Jahrgang 1907, Foto), der Nestor der deutschen Germanistik und Autor zahlreicher Standard-Werke zur Literatur und Musik. Im Februar 1992 führten sie in der Toskana, in Liebermanns Haus, fünf Tage lang „Gespräche über das Jahrhundert“: über Musik und Literatur, über Theater und Oper, und immer wieder über Menschen, die nicht nur für sie, sondern auch für die Kultur unserer Zeit bedeutsam waren.

Das Kapitel 1: Geschichte wurde auf N3 bereits am 12. Oktober ausgestrahlt. Die weiteren Sendetermine sind: Kapitel 2: Musik - 9. November; Kapitel 3: Theater und Oper - 7. Dezember; Kapitel 4: Literatur - 4. Januar 93; Kapitel 5: Begegnungen - 18. Januar 93

Rostocker Singakademie

Chorfreunde gesucht

Chorsingen macht Spaß!, behaupten die 60 Mitglieder der Rostocker Singakademie und beweisen es sich ein bis zweimal in der Woche bei fröhlichen Chorproben im Volkstheater Rostock. Nach konzentriertem Singen sitzt jung und alt in froher Runde in der Kantine zusammen. Volkslieder, Opernchöre und Chorsinfonik gehören zum Repertoire der Sänger. „Fidelio“, „Carmen“ und „Anatevka“ geben ihnen die Möglichkeit mit Künstlern des Volkstheaters auf der Bühne zu spielen. Auch Reisen und Gastspiele stehen auf dem Programm, wie z.B. das Chorfest in Köln im Mai dieses Jahres.

In diesem Herbst nimmt das vielseitige Ensemble neue Mitglieder in allen Stimmgattungen auf. Besonders das Abschlusskonzert zum Musiksommer 1993 in der Marienkirche wird Schwerpunkt der Probenarbeit in den kommenden Monaten sein. Singbegeisterte Männer und Frauen im Alter von 16 - 40 Jahren können sich bei der Chordirektion des Volkstheaters Rostock, Patriotischer Weg 33, anmelden.

Gedenk-Konzert

Am 7. November veranstaltet der Senat der Hansestadt Rostock im Barocksaal ein Konzert zum Gedenken des Komponisten Hanning Schröder. Beginn: 20 Uhr.

Bau der Berliner Mauer 1961 beendete für den inzwischen im westlichen Stadtteil seßhaften Komponisten seine Tätigkeit als Bratschist im DEFA-Symphonieorchester und im Ostberliner Verband deutscher Musikwissenschaftler und Komponisten. Erst Mitte der 60er Jahre begann für den mittlerweile 70jährigen eine Phase des steten kompositorischen Schaffens und vor allem der Anerkennung seiner Arbeiten.

Hanning Schröder, 1896 als Kapitänsohn in Rostock geboren, gehört zu jener Generation, deren Lebens- und Schaffensweg immer wieder von jähem Unterbrechungen gezeichnet war. Von der Schulbank weg wurde er in den I. Weltkrieg geschickt. Nach einigen Semestern Medizinstudium wandte er sich der Musik zu. Seine in den 30er Jahren gerade beginnende Karriere traf das vom Naziregime erteilte Berufsverbot. Der

Als Hanning Schröder 1987 starb, hatte der Senior der Berliner Komponisten ein umfangreiches Oeuvre vorgelegt, das allerorten aufgeführt wird. Lediglich in seiner mecklenburgischen Heimat blieb er bisher ein Unbekannter.

Schwarze Rocker in Crivitz

Zur Verteidigung unserer Kultur

Nervenzehrendes Motorengelul, schwere 500er und 750er Maschinen, Gestalten in roter und schwarzer Lederkluft, geschlossene Visiere, sich kreuzende Lichtkegel. Kurz nach Einbruch der Dämmerung umkurven 20 bis 25 Motorräder auf der engen Ausfallstraße nach Parchim den Eingang zum Crivitzer Friedhof.

Kein spontaner Bürgerprotest, kaum daß jemand aus der Stadt die Demonstration wahrnimmt. Oder ist es eine Provokation? Sollen die Toten gestört werden in ihrem Frieden?

„Motorradclub Friedrich Engels“ steht auf dem Abzeichen am Oberarm von Dieter Masche, jugendlich ergrauter Hühne und Sprecher der allesamt den 20ern längst entwachsenen Motorradfans aus Berlin (West).

Ihre Ausflüge stünden unter dem Motto „Geschichte erfahren“. Dem eigenen Verständnis nach sind sie eine antifaschistische Aktion gegen das Erstarken des Rechtsradikalismus. Sie wollen erinnern, mahnen, zur Diskussion herausfordern, auch provozieren.

Aber warum ausgerechnet in Crivitz?

Am 17. Oktober 1992 ist der Motorradclub zum zweiten Mal auf den Spuren des Todesmarsches vom KZ Sachsenhausen nach Mecklenburg.

Sachsenhausen, - ein Name der gerade durch die Weltpresse ging, nicht nur zur Schande Brandenburgs - und Mecklenburg, von des-

sen Landeshauptstadt kaum ein Europäer je gehört hat, dafür aber umso mehr von seinen Städten Wismar und Rostock-Lichtenhagen.

Das Tagesziel Crivitz markiert einen der vielen Endpunkte des Todesmarsches. Die kleine, erst 1990/91 rekonstruierte Kapelle des Crivitzer Friedhofes, ist eine Gedenkstätte. Auf der Bodenplatte vor dem Eingang steht folgender Text:

„Kapelle des Todesmarsches der Häftlinge der KZ-Lager Sachsenhausen + Ravensbrück = den Opfern faschistischer Willkür und ideologischer Anmaßung + 1933 + 1945 + 1989 + Stadt Crivitz + Stiftung Kulturfonds Berlin 1991 + DONA NOBIS PACEM“

Im Innenraum der Kapelle eine Pieta, die trauernde Mutter, gebeugt über ihren toten Sohn. Eine Plastik von Wieland Schmiedel. Der Bildhauer aus Crivitz arbeitet an einer Konzeption zur bildkünstlerischen Gestaltung der Erinnerung an den Todesmarsch. Der Motorradclub hat sich mit ihm und Crivitzer Bürgern zu einem Gespräch in der Kapelle verabredet.

Die alten Emaille-Schilder, Gedenktafeln aus DDR-Zeiten, möchte Schmiedel lieber heute als morgen verschwinden sehen. Unästhetisch seien sie, makabre Konkurrenz kommerzieller Werbung, beispielsweise für Kamine und Schornsteine. Kein Einspruch des Publikums. Mehr noch, der Künstler kommt in Fahrt, eigent-

lich sind es Zeichen ideologischen Erfüllungsdenkens!

Da endlich Widerspruch. Hätten die Schilder nicht ein wirkliches Informationsbedürfnis befriedigt? Und - bei aller streitbaren äußeren Form - auch dem Vergessen widerstanden? Ist es nicht Bilderstürmeri, wie in Sachsenhausen, wo man über der richtigen Einsicht, daß es nicht nur rote Dreiecke in den KZ gab, diese nun wieder verdrängen will?

Schmiedel argumentiert für die Notwendigkeit einer besonderen Form des Erinnerns - hier hat sich eine Kultur zu verteidigen, die vielleicht vor dem Untergang steht. Dies Kultur muß, will sie sich nicht selber aufgeben, eine künstlerisch anspruchsvolle Form finden. Der Todesmarsch stellt die einmalige Begegnung großer Teile der Bevölkerung mit der selbstverantworteten und erfolglos verdrängten Schuld dar.

Und haben wir nicht wieder und immer noch eine Schuld auf uns geladen? Müssten wir nicht umkehren angesichts einer armen Weltbevölkerung, die von unserem Wachstum, von unserem Reichtum, von unserer Wirtschaftskraft nichts weiter hat als Hunger und Krieg und Angst? Ist es nicht allein unsere Kultur, unsere Besinnung auf elementare menschliche Werte, die sich einer fragwürdigen Wirtschaftlichkeit in den Weg stellen kann?

Trüptdem man sich in diesem Punkt einig ist, herrscht betroffe-

nes Schweigen in der Kapelle. Der gesenkte Blick stößt auf Betonplatten. Panzerweg-Platten der Nationalen Volksarmee. Gestaltungselement, militärisches Fundament der Pieta aus dem nahegelegenen ehemaligen Armeekorps-Objekt Tramm.

Es ist erst 10 Tage her, da trafen sich weit mehr Crivitzer als heute. Das ebenfalls öffentlich bekanntgegebene Thema lautete: Einrichtung eines Asylantenwohnheimes in Tramm. Die ordnungspolitische Obrigkeit aus Stadt, Kreis und Land stimmte die fatale Melodie an - Bürger schützt euer Eigentum, die Asylanten kommen. Das war es, was viele erwartet hatten. Endlich konnte man, und nicht nur am Stammtisch, seinen Dampf ablassen. Als der Pfarrer sich gegen das neue Feindbild, gegen die Vertiefung der Asylbewerber zur Wehr setzt, wünscht ihm ein Bürger der Stadt, daß die Asylanten sein, des Pfarrers Auto doch so oft demolieren mögen, bis er eines Besseren belehrt ist.

Später fällt das Wort Konzentrationslager und spätestens von da ab verlassen viele Crivitzer, offenbar enttäuscht, die Versammlung.

Auch in der Friedhofskapelle hat man miteinander geredet, hat festgestellt, daß man in vielem nicht einer Meinung ist, aber auch, daß es keine Alternative gibt zum gemeinsamen Widerstand gegen Unvernunft, Haß und Aggressivität.

H.J. Ulbrich

Der „Westwall“ - Mythos und Realität

Eine Ausstellung in Ostberlin

Der „ruhmvolle“ Westwall - durch keine Siege, keine Schlachten verklärt - ist heute in Deutschland fast vergessen. Eine Ausstellung unter dem Ost-Berliner Fernsehurm stellt die Stahl-Beton-Macht nationalsozialistischer Westwallpolitik dar. Ins Bewußtsein rückt sie die geschichtlichen Tatsachen, die zu seiner Errichtung führten. Dies drei Jahre nach dem Fall des Antifaschistischen Schutzwalls. Noch klingt uns der Takt der Mauerspechte an diesem letzten Betonwall wie Hohn auf die vorerst letzte Propagandaschlacht in Deutschland in den Ohren. Der Westwall aus Beton und Stahl als Sinnbild und Glaubensheil für stabile Sicherheit?

Mit einer Länge von etwa 630 Km von Kleve im Norden bis nach Lörrach im Süden und mit fast 500 000 Arbeitern war er eines der größten Bauvorhaben der Nationalsozialisten. Mit 17.137 Bauten, die meisten als Bauruinen niemals beendet, starb das „Schutzvorhaben“ 1940.

Nach dem Machtantritt Hitlers wurde die internationale Zusammenarbeit und Verständigung zwischen den europäischen Völkern aufgekündigt. Im Oktober 1933 trat das Deutsche Reich aus dem Völkerbund aus und verließ die internationale Abrüstungskonferenz.

1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Am 7.3.1936 marschierten deutsche Truppen insentimilitarisierte Rheinland. Damit wurden der Versailler Vertrag und der Vertrag von Locarno gebrochen. Die Aufrüstung war in vollem Gang - alles mit dem Slogan von Gleichberechtigung für Deutschland und von verbalen Friedensbeteuerungen begleitet.

Anfangs begannen die Bunkerbauten an der Westgrenze eher vereinzelt - schwerpunktmäßig zwischen Rhein und Mosel. 1936 entstanden etwa 156 leichte Bunker. Da bis zum Mai 1938 den Befestigungsanlagen im Westen keine größere Bedeutung zugemessen wurde, verkürzte man im Frühjahr die Stahlzufuhr um 60 Prozent. Erst als Hitler dämmerte, daß mit Frankreich und England keine Abkommen möglich waren, die seine Expansionspläne im Osten decken würden, begann ein Wandel im Westwallbau. Im Zusammenhang mit der sogenannten Wochenendkrise vom Mai 1938, als die Regierung der Tschechoslowakei die Teilmobilisierung verfügte, expandierte das Bauvorhaben. Hitler posaunte: „Ich darf ihnen die Versicherung geben, daß seit dem 28. Mai dort das gigantischste Befestigungswerk aller Zeiten im Ausbau begriffen ist.“

Von 11 800 Bunkern, die bis zum 1.10.1938 fertiggestellt sein sollten, wurden aber nur 1 255 fertig. Am Tag der deutschen Wehrmacht (12.9.38) inszenierte Hitler eine propagandistische Rede, ein Wechselbad aus Friedensbeteuerung und Verständigungsangebot an die Westmächte, der Aufgabe aller Revisionsforderungen an Frankreich, mit Gewaltandrohung gegenüber den tschechischen Nachbarn. Auch nach dem Münchener Abkommen (29./30. 9. 1938) ging der Ausbau dieses von Hitler als Limes bezeichneten Verteidigungstreifens entlang der Westgrenze weiter. Übrigens unter oberster Leitung des Ing. Todt, der vorher den Autobahnbau organisierte. Ein strammer Angehöriger der NSDAP, den Hitler vor seiner Machtergreifung persönlich kennengelernt hatte.

Bis zum Mai 1940 dauerte das Großvorhaben: Es standen 17 137 Bauten, allerdings zum großen Teil Bauruinen - nicht einsatzfähig. In der Zwischenzeit hatte die Wehrmacht Nordfrankreich besetzt. Dieser Stahl-Beton-Wall funktionierte hauptsächlich als Propaganda-Objekt, entsprechend dem Mythos von der Bedrohung der deutschen Volksgemeinschaft.

Die historische Schau in Berlin „Wir bauen des Reiches Sicher-

heit“ dokumentiert die Rekrutierung des Einzelnen, die Militarisierung der Arbeitswelt mit Dienstpflicht-Verordnung, Arbeitsbuch, kasernierter Unterbringung, Kultur-Versorgung, Verleihung des „Schutzwall-Ehrenzeichens“, dem sogenannten Lehorden, vom großen (Kunst-) Führer Adolf Hitler selbständig entworfen, und Straflagern zur Arbeitserziehung.

Der „Dokumentar-Film“ (täglich hier zu sehen) zum Westwall, 1939 von Fritz Hippler gedreht, ästhetisiert den Masse-Mensch. Nach Hipplers eigenen Aussagen nicht am Tatort gedreht, sondern in einem unterirdischen Panzerwerk bei Magdeburg, arbeitet er mit langer Brennweite, um gigantische Bilder von Mensch und Material zu erzielen. Der Macht und Stärke suggerierende Film kontrastiert mit einem real nachgestellten Bunkerraum in der Ausstellung. Auch die ausgestellten Gemälde einiger Nazikünstler vom Westwall wirken in ihrer linearen Bunttheit oder mystischen Überhöhung ungläubhaft. Ganz im Gegensatz zu den Fotos von „Zeitzeugen“, die heutzutage als Symbole des wehrhaften Herrschaftsanspruches von damals noch stehen.

Agelier

Ich abonniere den Mecklenburger Aufbruch

Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____
Zahlungswise: Ich wähle das Abo für 25,- DM (vierzehntäglich) / 50,- DM (wöchentlich)
Ich wähle das Förder-Abo für 40,- DM / 80,- DM
Ich wähle das Sonder-Förder-Abo für 100,- DM / 200,- DM
Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten).
Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung.

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
Name/Unterschrift _____
Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.
Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin



Schnupper-Abo 10mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10 DM incl. Versand

Ich möchte den Mecklenburger Aufbruch 10mal geliefert bekommen.
Name/Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
PLZ/Wohnort _____
Telefon _____
Gewünschte Zahlungsweise: Ich lege 10 DM in Briefmarken bei.
Ich lege 10 DM in bar bei.
Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10 DM bei.
Name/Unterschrift _____
Das Abo endet nach einem Vierteljahr, sollte von Ihnen keine Abbestellung bei uns vorliegen, geht Ihr Abonnement automatisch in ein Normal-Abo über.
Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.
Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift
Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin

Umwelt

Hoffen auf Krauses Erleuchtung

Die Gegner der A 20 legen allzu spät ihr Alternativ-Konzept zur Ostsee-Autobahn vor

Kurz vor dem ersten Spatenstich für den ersten Bauabschnitt der Ostsee-Autobahn A 20 bei Wismar haben das Lübecker Gesamtverbund „Keine Ostseeautobahn“, das Mecklenburger Aktionsbündnis „Keine A 20“, der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und Greenpeace der Öffentlichkeit zeitgleich in Schwerin und Kiel ihr Kontrastprogramm vorgestellt: Das erste integrierte Verkehrskonzept für die Region Wismar/Lübeck/Schwerin, erarbeitet von der Gesellschaft für raumpolitische Forschung, Planung und Beratung mbH „Stadt und Land“. Überschrift der zur Präsentation dargelegten Presserklärung: „Ohne A 20 läuft's besser - und wie!“

Integrierte Verkehrsplanung, die sich am Ziel der Zurückführung des motorisierten Individualverkehrs orientiert und sämtliche denkbaren Alternativen in Betracht nimmt, das ist für den Bundesverkehrsminister ein Buch mit sieben Siegeln. Professor Krause ist der klassische Interessenvertreter jener Ossis, die aggressiv das Recht der Neuländermenschen auf die sofortige Wiederholung wenigstens der annehmlichsten Fehler der West-Gesellschaften propagieren. Und der annehmlichste Fehler von allen war gewiß der, das Auto als nahezu ausschließliches, faktisch konkurrenzloses Fortbewegungsmittel zu haben und damit überall hinzubrummen, egal ob das Sinn macht oder nicht oder gar mindestens dreimal so lange dauert, als würde man zu Fuß gehen. Diesem Manne, der gewiß anstelle von Geschwindigkeitsbegrenzungen herzlich gern Mindestgeschwindigkeiten einführen würde, sind die meist engen, zweibahnigen, mitunter arg holprigen ostdeutschen Straßen natürlich der Greuel schlechthin. Krause ist jeden Zoll ein Autobahnfetischist. Und alle - bis auf die Umweltschützer - freuen sich an diesem Allen-alles-Rechtmacher ohne Kompetenz und Rückgrat, der sich für seinen tiefen Bückling vor der Automobilindustrie nicht zu genieren braucht, weil das der Prototyp des ostdeutschen Wählers offenbar mit der respektvollen Verneigung vor sich selbst verwechselt.

nichts gegen die Aussicht auf eine breite Straße, auf der sich schnell fahren läßt. Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), das Deutsche Insti-

nes Verzicht auf die A 20 zugunsten einer ökologischen Politik, die sich am Ziel der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs orientiert, ist gleich gar nicht in Betracht gezogen worden. „Der Verkehr entsteht und mündet alle-

der „Umweltverbund“ genannten Fortbewegungsweisen ab, - öffentlicher Verkehr, Radfahren oder Laufen statt Pkw. Begründet wird das nicht nur mit den regionalen Gegebenheiten, sondern auch mit der Selbstverpflichtung der Bundesregierung zur Reduzierung des CO 2-Ausstoßes um dreißig Prozent bis zum Jahre 2005, die nicht einzulösen sei, wenn man darauf bestehe, den Osten erst mal auf das Emissions-Niveau der Alt-Bundesrepublik hochzuleiern.

Konkret fordern die A 20-Gegner unter anderem,

- das Schienennetz zügig auszubauen und damit die gegenwärtig meist indiskutablen Fahrzeiten drastisch zu verkürzen (siehe Graphik);

- die Einrichtung zusätzlicher Güterverkehrszentren in Lübeck, Schwerin und Wismar, an denen Verkehrs-, Logistik- und Dienstleistungsunternehmen lokal gebündelt werden;

- die konsequente Umsetzung des Handlungsansatzes „autoarme Stadt“ (wie er in Lübeck schon partiell realisiert worden ist) mit restriktiver Parkraumkonzeption und ÖPNV-Erschließung sowie flächenhafter Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h;

- die Schaffung geschlossener Fußwege- und Radverkehrs-Netze in den Städten;

- den Bau maßvoller Ortsumgehungsstraßen zur Bewältigung des unvermeidbaren Durchgangsverkehrs;

- für den touristischen und Naherholungs-Verkehr ein Konzept unter dem Leitmotiv der Verkehrsvermeidung und -verringerung. Die Initiativler weisen auf die Praxis von Allgäuer Kurorten (am spektakulärsten: Oberstdorf), die ihre Ortskerne komplett für Pkw's gesperrt und Buspendienste von Parkplätzen an der Peripherie eingerichtet haben.

Ziel der Initiatoren ist also nicht weniger als die Einleitung der Verkehrs-Wende. Mit leuchtenden Augen kündeten die Anti-A 20-Aktivistinnen und Aktivisten am vorangegangenen Montag in Schwerin dem fürwahr kleinen Teil der Mecklenburger Bevölkerung, der ihnen zuzuhören gewillt ist, große Freude: Siehe, wir haben hier im Osten Viele, die sich in Bussen und Bahnen drängeln, sich bei jedem Wetter auf's Rad schwingen oder zu Fuß gehen, statt Auto zu fahren! Und die Straßen sind eng, und das ist gut so, und darauf staut's, und das ist heilsam. Eine „beispielhafte Verkehrsverteilung“ sei das doch immerhin beispielsweise in der Landeshauptstadt Schwerin, „noch besser als in Zürich“ (dem klassischen Verkehrswende-Wallfahrtsort), frohlockte am vorletzten Montag der aus Lübeck angereiste Rolf Jünemann im Schweriner Haus der Kultur. Das arme, schöne Mecklenburg ist eben auch so etwas wie die Schnittstelle der Verkehrskulturen: Beim Anblick des ganzen idyllischen Jammers denkt der Verkehrsminister bloß noch Dampfwalze, während der Bürgerinitiativ-trainierte Öko-Wessi vor Begeisterung mit der Zunge schnalzt. Bei solcher wechselseitigen Verständnislosigkeit wird man sich nicht am Verhandlungstisch, sondern allenfalls im unendlichen Raum treffen. Oder dann doch auf der Autobahn von Lübeck nach Stralsund, die der Minister bauen lassen wird, weil er die Macht hat. Es sei denn, er hat eine göttliche Eingebung, unterhalb derer etwas dazuzulernen er offenbar nicht bereit ist.

Michael Will

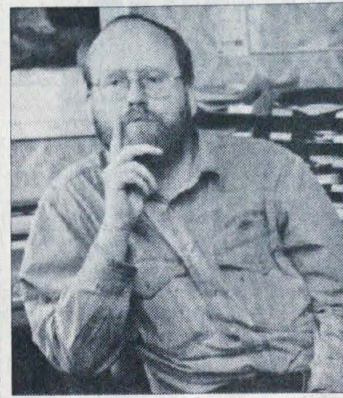
Binnenverkehr	Lübeck		Wismar		Schwerin		Region*	
	Stand 1987	Ziel 2010	Stand 1987	Ziel 2010	Stand 1987	Ziel 2010	Stand 1987	Ziel 2010
Kfz	51%	25%	35%	22%	35%	30%	43%	35%
ÖPV	18%	33%	11%	20%			7%	15%
Fahrrad	11%	22%	9%	23%	65%	70%	15%	20%
Fuß	20%	20%	45%	35%			35%	30%
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Anteile an allen Wegen/Fahrten und Umverteilungs-Zielwerte (Entwurf: Stadt & Land)

Müll, Müll und nochmals Müll

Die Stadt Schwerin wehrt sich gegen das Landesministerium für Müllproduktion (vormals Umweltministerium)

Wenn es ein landespolitisches Ziel gibt, daß Umwelt-Staatssekretär Peter-Uwe Conrad mit größter Hartnäckigkeit verfolgt, dann ist es das der verstärkten heimischen Müll-Produktion, gleichsam



Umweltdezernent Dr. Haferbeck
Foto: Walter Hinghaus

als zweites Standbein neben der Einfuhr gigantischer auswärtiger Müll-Mengen: Müll ist sozusagen das Stichwort und Leitmotiv seiner Regenschaft. Conrad war zu seinen Zeiten als für die Genehmigung von Mülltransporten zuständiger Ministerialdirigent in Schleswig-Holstein Garant für reibungslose Müll-Abfuhr auf die weiland DDR-Deponie Schönberg, ertragreich für seine mafiosen West-wie für seine Stasi-Ost-Partner, aber auch für ihn selbst. Und er hat heute, in seiner neuen Eigenschaft, ein Abfallgesetz durchgebracht, das dem Prinzip der Müllvermeidung zugunsten des Prinzips der „thermischen Verwertung“ (also der Verbrennung) mit gewaltigen Durchsatz-Zahlen Lebewohl sagt: Wer große Anlagen zur „Verwertung“ von Abfall baut, braucht entsprechend große Mengen Abfall, um solche Planung zu rechtfertigen. Das wiederum macht denen Laune und Profit, die überflüssige Verpackungen und anderen vermeidbaren Müll produzieren, mindestens ebenso aber den Privaten (in Mecklenburg ganz groß: die RWE-gelenkte „Küga“ mit Sitz in Schwerin), die ihr Geld mit der sogenannten „Entsorgung“ verdienen, also mit dem Abtransport des von ihr eingesammelten Mülls auf meistens ungesicherte (das heißt: in hohem Maß umwelt-bedenkliche) Deponien oder - später - zur Müllverbrennungsanlage, aus der die privaten Betreibergesellschaften ihren Gewinn ziehen und über deren Schadstoffausstoß (noch) niemand spricht.

Es wird kräftig verdient am Müllgeschäft. In den regionalen Zweckverbänden zur Abfallentsorgung sind die Landkreise in der Mehrheit, die sich des ungelinkten Problems nur allzugenug zugunsten der kommerziellen „Entsorgungs“-Anbieter entledigen; mangels Kompetenz und Engagement glauben sie, anders der Probleme nicht Herr werden zu können. Ausgerechnet die Landeshauptstadt Schwerin aber stellt sich quer: Sie will sich in ihrer Zuständigkeit für die Abfallpolitik nicht durch landespolitische Maßgaben in den Arm fallen lassen, die dem eigenen Konzept der Verminderung von Müllmengen und der geordneten Lagerung des unvermeidbaren Rest-Mülls die Grundlage entziehen. Der Fach-Dezernent, Dr. Haferbeck, widersteht ohne diplomatisches Drumherum dem Druck aus dem Ministerium: „Hier ist eine Müll-Mafia am Werk“, stellt er fest.

In der Tat: Die privaten Entsorgungsfirmer, die in Westmecklenburg nahezu flächendeckend aktiv sind, machen unter der Patronage von Conrad das Geschäft ihres Lebens, - die Landkreise und Gemeinden sind froh, die im Zeichen der Verpackungs-Flut anschwelenden Abfallmengen loszuwerden, ohne sich über Alternativ-Konzepte Gedanken machen zu müssen. Ihnen kommt der „zentralistische Stil“ (Haferbeck) des Ministeriums zupaß, der ureigenste kommunale Aufgaben in seine Kompetenz zieht.

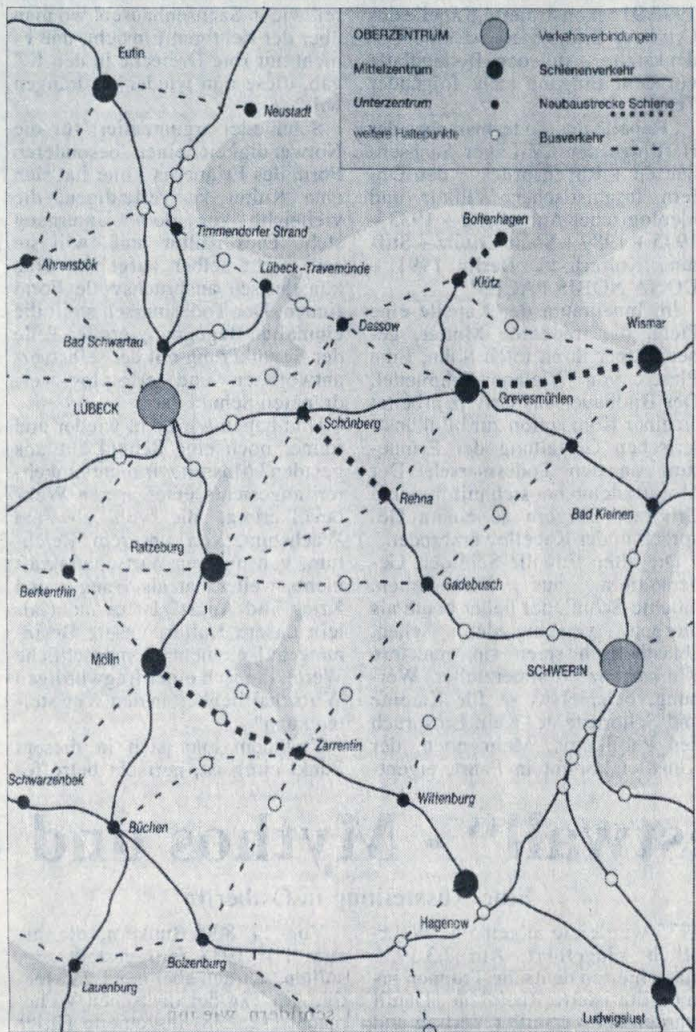
Dieser Politik widersetzt sich im Bereich des Zweckverbandes Zentraldeponie Nordwestmecklenburg (ZZN), in dem die Kreise und Gemeinden des Raumes zusammengefaßt sind, allein die Landeshauptstadt Schwerin: Sie hat sich mit der städtischen Schweriner Abfallentsorgungs- und Straßenreinigungsgesellschaft (SAS) ein eigenes Instrument zur Umsetzung ihrer auf Müllvermeidung und umweltverträgliche Lagerung gerichteten kommunalen Politik geschaffen und betreibt in Stralendorf eine der wenigen Deponien des Landes, die nach Umweltschutz-Kriterien als „geordnet“ gelten können. Wenn seine Strategie der Müllmengen-Reduzierung Erfolg hat, so Haferbeck, reicht der Deponieraum in Stralendorf der Stadt noch zehn bis fünfzehn Jahre.

Mit der landespolitischen Vorgabe, die Müll-Zweckverbände in Entsorgungs-Verbände umzuwandeln, wäre der städtischen Linie allerdings die Grundlage entzogen: Der Entsorgungs-Zweckverband, der - versteht sich - die Privaten mit der Durchführung beauftragt, träte an die Stelle der kommunalen Gesellschaft; die geplante Errichtung einer Verbrennungsanlage mit einem Jahresdurchsatz von 170.000 Tonnen schreit förmlich nach eben jenem Müll, den die Stadt gerade vermeiden will; die Rahmenbedingungen würden die politischen Maßgaben der Stadt Schwerin vollinhaltlich aushebeln. Hart im Ton wie in der Sache beharrt die Stadt auf ihrem Standpunkt. Haferbeck: „Hier herrscht Krieg“. Conrads erster Kombattant in diesem Krieg, immer treu an der Seite des Ministeriums: Der Landkreis Schwerin, in dem der Ehemann der Ministerin als Fachdezernent den Ton angibt. Kriegsziel: Der müllpolitische Ausverkauf an die groß in's Entsorgungsgeschäft eingestiegenen westlichen Energiekonzerne.

Was, so dachte sich der erboste Müll-Patron aus der Schweriner Schloßstraße, könnte die Vermeidungs-Apostel aus der Landeshauptstadt gründlicher in's Zwielicht rücken als ein waschechter Müllnotstand? Also ließ Conrad der Stadt am 1. September mitteilen, ihre Deponie Stralendorf sei bereits randvoll und müsse unverzüglich stillgelegt werden. Prompt brachte die Regionalpresse von Lübeck bis Schwerin die gewünschten Balkenüberschriften. Haferbeck dazu empört: „Da karren die Privaten den Müll seit Jahr und Tag auf Deponien, deren Standard dem von wilden Kippen entspricht, ohne daß das Ministerium dazu auch nur mit der Wimper zuckt; und Stralendorf mit seinem vergleichsweise hohen Standard, das unseren Abfall noch jahrelang aufnehmen kann, wird mit dieser fadschneigen Begründung dichtgemacht“. Doch die Irritation währte nur kurz: Schwerin legte mit Erfolg Rechtsmittel ein, die Stadt-Deponie kann erst mal weitergenutzt werden.

Zwischenstand in der Auseinandersetzung zwischen Landesregierung und Landeshauptstadt um die abfallpolitische Zukunft der Region: Unentschieden. Haferbeck ist optimistisch: „Ohne Schwerin ist der Zweckverband Zentraldeponie gar nicht machbar“. Einstweilen richtet sich die Stadt auf rauhe Zeiten ein, für die man sich allerdings gut gerüstet sieht: Die Politik der Müllvermeidung, für die Haferbeck breite Zustimmung aus der Bevölkerung erhofft, schreitet mit der Vervollständigung der Bio-Kompostierung und dem ehrgeizigen Versuch voran, auf kommunaler Ebene ein Einweg-Verbot für alle ortsansässigen Firmen durchzusetzen. Haferbeck: „Wir müssen Müll-Vermeidung hoch drei betreiben“. Mit der Deponie Stralendorf im Rücken, so der Dezernent, bleibt genug Zeit, nach geeigneten alternativen Deponie-Standorten zu suchen und im übrigen auf den allseits wohlverdienten Regierungswechsel zu hoffen.

m. w.



Netzvorschlagn Regionaler öffentlicher Verkehr (Entwurf: Stadt & Land)

tut für Urbanistik und schließlich - zusammenfassend - der sogenannte „Kuhbier-Bericht“ (erstellt im Auftrag der schleswig-holsteinischen Landesregierung) taten nacheinander dar, daß eine West-Ost-Autobahn

- den vorhandenen, vorwiegend

mal in den Ballungsräumen, in denen er schon heute nicht mehr verkraftet werden kann. Und je breiter die Autobahnen und Straßen sind, mit denen die Zentren verbunden werden, desto größer die Probleme der Städte mit dem Verkehr. Wenn die Städte nicht am Verkehr ersticken sollen, muß das Autofahren auf den Verbindungsstraßen nicht erleichtert, sondern erschwert werden“, erklärte der Sprecher der A 20-Gegner bei der Pressekonferenz in Schwerin.

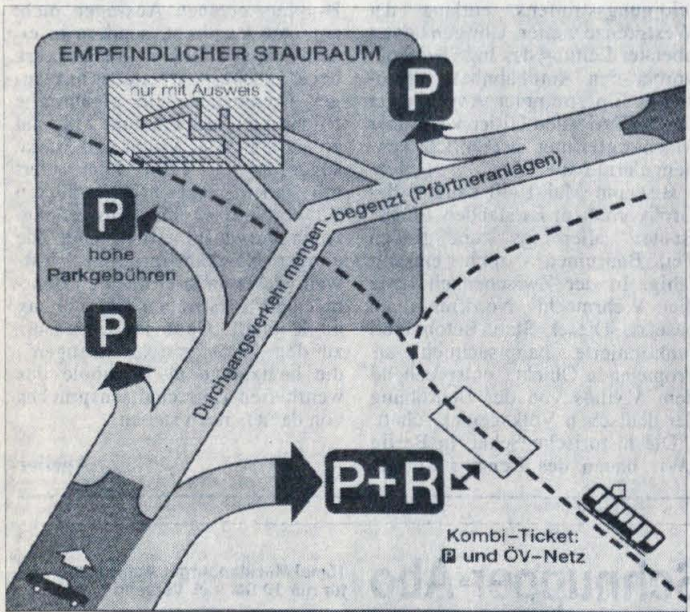
Die Initiativgruppen gegen den Bau der Ostsee-Autobahn haben also das von der Bundesregierung absichtsvoll Versäumte selbst nachgeholt. Aber ihr „Integriertes Verkehrskonzept für die Region Lübeck, Schwerin, Wismar“ kommt reichlich spät, - zu spät wohl, um die Linie des Bundesverkehrsministers noch ernsthaft in Gefahr zu bringen: Denn es geht ja nicht darum, in letzter Minute noch eine Wendung der Autobahndiskussion herbeizuführen, sondern darum, die Autobahn-Diskussion überhaupt erst zu eröffnen. Mit der Bereitschaft der politisch Verantwortlichen zur offenen Auseinandersetzung braucht aber - siehe oben - gerade deshalb niemand zu rechnen, weil sie starken Interessen und schwachen Argumenten verpflichtet sind.

Den Auftraggebern der Alternativ-Studie geht es, so ihre Sprecherin Martina Krüger von Greenpeace, darum zu klären, wie „ein tolerierbares Verkehrsaufkommen organisiert“ werden kann. Die als „Konzept“ bezeichnete Studie zielt auf eine reale Verringerung des Autoverkehrs und auf die Stärkung

durch den Regional-Verkehr verursachten Belastungen nicht nur nicht abhelfen, sondern durch die Anziehung zusätzlichen überörtlichen Verkehrs weitere Belastungen hinzufügt;

- für die eigenständige Wirtschaftsentwicklung des Landes nicht den erhofften Erschließungsschub nach sich ziehen, sondern im Gegenteil die einseitige Orientierung auf die benachbarten Ballungszentren um Hamburg und Lübeck verfestigt (siehe MA 33/34);
- am Fehlen einer leistungsfähigen und für die Regional-Entwicklung weit wichtigeren Nord-Süd-Verbindung naturgemäß nichts ändert.

Hauptargument der Kritiker: Der Bau der Autobahn wird betrieben, ohne daß es auch nur Ansätze eines integrierten Verkehrskonzeptes für die zunächst hauptsächlich betroffene Region Westmecklenburg gibt. Und die Möglichkeit ei-



Maßnahmenkonzept zur Verringerung des Cityverkehrs (Prinzipiskizze)

Entsprechend schnell besonders im Osten vollendete Tatsachen zu schaffen war ihm folglich Pläsur und Pflichtprogramm zugleich. Das Projekt der Ostsee-Autobahn A 20 von Lübeck nach Stralsund, also mitten durch seinen mecklenburg-vorpommerschen Sprengel, verfolgt er mit besonderer Verve; große Mühe bei der Begründung des Projekts brauchten der Minister und die Seinen sich nicht zu machen, - ein strukturschwaches Land im tiefen Tal der Wirtschaftskrise braucht als erstes querdurch eine Autobahn, das ist doch klar. Die Sache begründet sich durch sich selbst.

Nach jüngsten Umfragen hat das immerhin rund achtzig Prozent der Trassen-anwohnenden Bürgerschaft überzeugt. Konnte kommen, wer wollte mit Beweis-Material dafür, daß die A 20 kaum eines der Verkehrsprobleme der Küsten-Region zu lösen vermag, - alles war

Vermischtes

Olsen-Bande auf neuen Wegen

Erstmals kauft in Dänemark ein Fußball-Klub eine Bank - und nicht umgekehrt

Dänemarks beliebteste Kino-Serie heißt „Die Olsen-Bande“. In über zehn Filmen versucht der pfiffige Bandenchef Egon Olsen mit Hilfe eines dünnen und eines dicken Trotzels, Banken mit dem Tresor „Franz Jäger Berlin“ zu knacken. Natürlich klappt es nie.

Jetzt bringt sich eine Olsen-Bande auf ganz legale Weise in Besitz einer Bank. Dänemarks bester Fußball-Klub Brøndby I.F. Kopenhagen, Spitzname wegen des Trainers Morten Olsen „Die Olsen-Bande“, erwarb 21,5 Prozent der Aktien der dänischen Interbank. Die Aktien gehörten bis dahin einer der größten dänischen Sparkassen, der Bikuben (etwa „Bienenwabe“). Klub-Präsident Per Bjerregaard will obendrein am 21. November der Generalversammlung von Brøndby vorschlagen, auch die „restlichen“ Aktien der Interbank zu erwerben. Das dürfte um die 300 Millionen Kronen kosten. Dann aber kontrolliert erstmals ein europäischer Fußball-Verein eine Bank - und nicht umgekehrt.

Über Banken wie die Interbank (Bilanzsumme 740 Millionen Kronen bei einer Eigenkapitalquote von 36 Prozent) wickeln dänische Sparkassen Wertpapier-Geschäfte an fremdländischen Börsen ab, da ihnen das selbst untersagt ist.

Die Fußball-Mannschaft Brøndby I.F. ist im gleichnamigen Stadtteil am Rande Kopenhagens zuhause. 1964 aus einer Fusion hervorgegangen dümpelte Brøndby jedoch lange Jahre niederklassig vor sich hin. Das wurde erst anders, als sich 1972 Mannschafts-Arzt Per Bjerregaard zum Präsidenten wählen ließ. Anfangs in der fünften Division stieg Brøndby langsam nach oben, das Erstligadebüt endete 1982 mit einem 7:1-Sieg. Danach lag Brøndby nie schlechter als auf Rang 4, seit 1985 meist auf Platz 1. Damit ist der Hunger des Präsidenten noch lange nicht gestillt - das Ziel heißt nach dem vorjährigen Einzug ins UEFA-Cup-Halbfinale: „Sieg in einem Europa-Cup, und nicht nur einmal!“ Für die ehrgeizigen Pläne braucht Brøndby, seit Mitte der 80er Dänemarks erste Voll-Profi-Mannschaft, viel Geld. Der Zuschauerschnitt von 7 000 ist zwar für Dänemark hoch, um eine europäische Spitzenmannschaft zu werden aber zu niedrig. Zwar zahlen 13 Sponsoren für das Recht, zwei bis drei Spiele im Jahr abwechselnd auf den Trikots zu werben, aber Dänemarks Werbemarkt gibt trotz allem nicht so viel her wie der eines größeren Landes. Deshalb verwandelte Bjerregaard Brøndby schon Ende der 70er in eine Aktiengesellschaft. Die Brøndby A.G. ist auch an der Börse notiert. Nach und nach erhöhte

Bjerregaard das Kapital seines „Fußball-Konzerns“. Waren es 1978 lediglich 30 000 Kronen, so sind es jetzt schon 24 Millionen. Für den Kauf der Interbank geht Bjerregaard jetzt aufs Ganze. Das Kapital soll gleich um 48 Millionen Kronen erhöht werden.

„Wir wollen uns nicht von Glück oder Unglück im Fußball abhängig machen“, erklärt der 46jährige Bjerregaard die Brøndby-Philosophie. „Wir wollen auch nicht, daß wie Phillips beim PSV Eindhoven oder Fiat bei Juventus Turin der Sponsor den Fußball-Verein kontrolliert. Wir wollen die Richtung angeben.“ Weshalb die Führungs-Crew der Brøndby A.G. es mit dem Handel von Wertpapieren und Aktien an der Börse versucht. Bislang wurde dabei weder spektakulär gewonnen, noch spektakulär verloren. 1990 gab es immerhin einen Gewinn von drei Millionen Kronen.

In der Hinterhand hat Brøndby neben Anlagen in Wertpapieren auch ein Hotel. Für 8,5 Millionen Kronen hatte die „Fußball-Fabrik“ der Gemeinde eine Schule abgekauft, nach dem Umbau für 50 Millionen besitzt die Brøndby A.G. einen lichtdurchfluteten Komplex mit 78 Hotelzimmern, Fitnebräumen, Squash-Hallen, Tennis-, Golf- und Fußball-Plätzen. Dazu kommen noch ein Restaurant, ein Frisör und ein Sportsop. 60 Menschen sind direkt oder indirekt in Diensten Brøndbys. Die Bau-Firma Mäckler, eine der Sponsoren, ging am Umbau allerdings bankrott. Brøndby-Generalsekretär Emil Bakkendorff: „Gebaut haben sie aber schön, oder?“

Das Sagen in geschäftlichen Dingen hat die sogenannte „Brøndby-Mafia“ (so die Tageszeitung Politiken). Dazu gehören

neben dem Präsidenten vor allem Leif Jensen und Finn Andersen, die in Kopenhagen als Börsenfische gelten. Mit zwei weiteren Geschäftsleuten kontrolliert die „Brøndby-Mafia“ über die A-Aktien (zehnfach höheres Stimmrecht als die B-Aktien) der Brøndby I.F. Fußball A.G. die darüber geschaltete Euro Sportholding A.G. Ein weiteres Drittel an der Euro Sportholding besitzen die „Brøndby-Veteranen“ (langjährige Vereinsmitglieder), und das letzte Drittel gehört den „Freunden von Brøndby“. Zu letzteren gehört auch der Bürgermeister des Stadtteils Brøndby, der vor allem für einen Hinweis sehr empfänglich ist: Wenn etwa die Gemeinde die Wünsche des Fußball-Vereins nicht erfüllt, dann könne Bjerregaard auch den Umzug in Kopenhagens größtes Stadion weitab von Brøndby organisieren.

Die Euro Sportholding A.G. besitzt nun Aktien an verschiedenen Sportartikel-Firmen, dem Hotel und einer Promotion-Firma. Über verschiedene Verschachtelungen gehören dazu noch dubiose Briefkasten-Firmen. Klub-Generalsekretär Bakkendorff etwa, der einer solchen vorsteht, kann sich an die letzten Aktivitäten „seiner“ Firma nicht einmal erinnern.

Trotz allem ist Brøndby vom sportlichen Erfolg nicht unabhängig. Nach dem Ausscheiden im Europa-Pokal in der letzten Runde (zuerst 1:1 in Kiew, dann 0:1 zuhause) purzelt die Brøndby-Aktie gleich unter 250 Kronen. Zu besten Zeiten waren es auch einmal 360. Außerdem verlor Brøndby schätzungsweise zehn Millionen Kronen Einnahmen. Auch die Aktie der Interbank gab nach, sie fiel von 121 auf 115. Außerdem trat der geschäftsführende Direktor

und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Interbank, Kurt Melsing, nach Bekanntgabe Brøndbys Kaufgelüste zurück. „Die Leitung von Brøndby mag ja gut für einen Fußball-Klub sein, daß muß ja nicht für eine Bank ausreichen. Zweitens hat Bjerregaard bislang kein Konzept für die Interbank vorgelegt. Drittens gibt es keine Garantie, daß der Kaufpreis gedeckt ist.“ Klub-Generalsekretär Bakkendorff dazu: „Wir kommentieren nicht Melsing's Privatmeinung. Auf jeden Fall sind wir kreditwürdig.“

Eine weitere Gefahr droht Brøndby von einem weiteren Hauptstadt-Verein. BK 1903 Kopenhagen, der unlängst den FC Bayern 6:2 demütigte, fusioniert zur nächsten Saison mit dem zweitklassigen KB Kopenhagen zum F.C. Kopenhagen. Vereinspräsident wird ein Herr Benny Olsen, ein Lehrer. Noch eine Olsen-Bande?

Auf jeden Fall hat sich im dänischen Klub-Fußball eine Menge getan. Nachdem Brøndby schon im Vorjahr Eintracht Frankfurt (5:0) und Leverkusen (3:0) deklassierte, werden die Klubs aus dem kleinen Dänemark (fünf Millionen Einwohner) langsam auch europäischen Großklubs gefährlich. Längst jedenfalls finden die dänischen Legionäre auch wieder zurück in die heimische Superliga. Auch zu den Spielen der Nationalmannschaft, lange Jahre eine Art Europa-Auswahl mit einem Torwart aus einem dänischen Verein, reisen immer mehr Spieler aus dänischen Gefilden an. Für die Zukunft dachte Bjerregaard noch an etwas ganz besonderes: Entweder eine Europa-Liga oder zumindest eine gemeinsame Meisterschaft mit Schweden und Norwegen.

Falk Madeja

Forum

Napoleons Pferdestall

„Sech mol,“ fragte Hans-Heinrich Poetzsch seinen Nachbarn Jochen Lührs, der seit zwei Jahren stolzer Besitzer einer Gärtnerlei war, „wuß du di nich een Driefhuus bugen?“

„Jawohl, das will ich,“ antwortete Jochen und lief im Gesicht rot an. „Aber das Stück Land, wo das neue Gewächshaus hin soll, gehört mir nicht.“

„Man dat licht doch mird'n in dien Land, un ründüm is ook all'n's dien Land!“

„Aber dies Stück eben nicht. Mein Urgroßvater hat diese Ecke schon gehabt, und deshalb fiel ich auch aus allen Wolken, als auf dem Katasterauszug stand: Eigentum des Volkes, Rechtsträger Gemeinde Pieselow.“

„Na, mit de Gemeind' is je wull tau snacken!“

„Dachte ich auch, aber dann stellte sich raus, daß dies Stück vor 1945 der Wehrmacht gehört hat. Und über solche Grundstücke darf die Gemeinde nicht verfügen. Ich mußte also zum Schloß Barby bei Magdeburg fahren, um dort irgendeine Spur von meinem Urgroßvater zu finden, weißt ja, da liegen die uralten Grundbücher.“

„Un heß du wat fun'n?“

„Ja, daß das Stück schon vor 1918 dem Reich gehört hat, und zwar dem Kriegsminister. Mußte ich also ins Zentrale Militärarchiv nach Rastatt fahren, in Baden, hat mich viel Geld und drei unnütze Tage gekostet. Aber ich fand noch was Alteres - das Land hat mal dem Deutschen Bund gehört. Und davor - das glaubst du kaum - dem Kaiserreich Frankreich!“

„Is je rein tau dull,“ staunte Hans-Heinrich.

„Ja, es hat sich nämlich rausgestellt, daß Napoleon auf seinem Rußland-Feldzug 1812 in Klein Brünz auf gerade diesem Stück einen Pferdestall gebaut hat. Nun muß ich mich an eine besondere Stelle wenden, wenn ich das Stück Land haben will, nämlich an das Deutsch-Französische Auf-

Geschichten vom Dorf

klärungssamt für napoleonische Pferdeställe.“

„Un krichst du denn dien Stück taurück?“

„Mal abwarten, ob Frankreich beweisen kann, daß Napoleon das Stück damals redlich erworben hat. Sicherheitsshalber habe ich mich schon an einen Nachkommen von Napoleon gewandt, mit dem ich über eine private Einigung verhandle. Aber es gibt noch ein anderes Problem: Rußland hat ja 1812 den Napoleon besiegt, und nun hat Boris Jelzin als Rechtsnachfolger des Zaren Rückübertragungsanspruch gestellt.“

„Sech mol, is dat all'n's wuhr, wat du mi vätelst? Du kannß keen nieges Driefhuus bugen, wieldat Napoleon dor mol een Peerstall harr?“

„Naja, die Sache ist so kompliziert, daß ich manches schon durcheinander bringe. Aber so oder zumindest so ähnlich ist es!“

Andreas Lausen

Dummgebrumm

Fast eine komplette Zeitspaltel verwendet der RIAS-Journalist Jochen Spengler darauf, über das beschissene Autofahren der Ossis zu lamentieren und zu schildern, wie ihn jedesmal wieder im Angesicht des Dummgebrumm's des „Volkes von Führerscheinanfängern“ der Zorn packt. Er selbst fährt ja gern schnell und kann's nicht leiden, wenn vor ihm irgendwelche Typen auf der Überholspur hängen. Auch die Lage an der Mixgetränke-Front ist denkbar mies, aber immerhin hat der Autor im Gegensatz zum „ehemaligen Regierungssprecher Mecklinesens“ deshalb nicht gleich das Weiße gesucht. Doch warum bloß ist er dageblieben? Wegen dem bibelchen Hilfsbereitschaft und auf-dem-Duz-Fuß-Stehen mit den Nachbarn? Um dem kindermäßig unbeholfenen Landesjournalismus Westberliner Weltniveau einzuhauchen (wo sich doch in Wahrheit umgekehrt die hier akkreditierten West-Journalisten dem Schweriner Provinzniveau so mühelos angepaßt haben, daß ihnen wenigstens in diesem Punkt das Prädikat „Ossi“ gebührt)? Um sich mal so richtig durchgebissen zu haben, mit lauer Heizung und

allen Schikanen? Man erfährt es nicht. Eine rechte Plaudertasche ist er, der Herr Spengler; genau wie er selber im richtigen Leben schwimmen seine Anekdoten stets oben, oben auf der Oberfläche der Probleme. Wenig bis gar nicht denkt er über sich selbst nach und über die Widersprüchlichkeit seiner eigenen Lage nebst der Rolle, die er „als Wessi bei den Ossis“ spielt. Wer anderen den Spiegel vorhalten will, sollte aber selber auch mal reinschauen. Die Westbeamten in einer sicher repräsentativen Schweriner Ministerial-Abteilung haben sich nach der Lektüre des Artikels auf die Schenkel gehauen vor Vergnügen; Spengler schreibt eben nach Westen gewandt, von der Mission auf einem fernen, desolaten Außenposten berichtend. Die Botschaft an die hier Lebenden könnte ja nur sein: Leute, Ihr seid zwar leicht bescheuert, aber ich versteh' euch.

Knapp vorbei ist auch daneben. Erstaunlich, daß der Mecklenburger Aufbruch für einen so belanglosen Artikel ausgerechnet in dieser Ausgabe eine volle Seite Platz hatte, die an die Schweriner Haushalte verteilt wurde.

Otmaz Hitzfeld, Dortmund

Mein wunderbarer Alltag

Kurz bevor die Apartheid in Südafrika endgültig abgeschafft wird, sollten wir uns überlegen, ob wir nicht das, was an dem Prinzip der „Trennung“ vernünftig ist, übernehmen sollten. Es käme darauf an, auseinanderzuhalten, was nicht zusammengehört, und damit unnötige Konfrontationen und Reibereien zu vermeiden. „Frauencafés“ und „Frauenbuchläden“ weisen in die richtige Richtung, inzwischen gibt es auch „Frauenparkplätze“ in großen Garagen.

Wenn man sich überlegt, daß diese Form der positiven Diskriminierung mit dem „Abteil für Mutter und Kind“ angefangen hat, ganz praktisch und harmlos also, dann sollte man nicht zögern, ähnlich pragmatisch auf anderen Bereichen vorzugehen. Das ganze Gerede um die Gefahren des Rauchens und die Schädlichkeit des Passivrauchens ist für die Katz. Vom guten Zu-



Henryk M. Broder

reden ist noch niemand ein Nichtraucher geworden. Es müßten die Raucher von den Nichtrauchern völlig separiert werden. Es muß nicht nur Raucherecken geben, sondern ganze Cafés, Züge und Flugzeuge nur für Raucher bzw. Nichtraucher. Alles andere ist Flickwerk, Mumpitz, Selbstbetrug.

Gleiches gilt für Familien mit kleinen Kindern. Wer unbedingt mit seinen kreischenden Bälgen verreisen will,

sollte es tun - ohne anderer Leute Nerven zu strapazieren. Das größte Ärgernis aber sind Musikfreunde, die so tun, als wären sie völlig introvertiert und mit Kopfhörern an den Ohren herumlaufen. Hat man das Pech, in der U-Bahn oder im Flieger einen Platz neben einem Walkman oder einer Walkwoman zu erwischen, bekommt man das Gedröhne, das die Kopfhörer verläßt, mit, ob man will oder nicht.

Auch für Menschen, die auf diese Art zur Umweltverschmutzung beitragen, sollten eigene Räume geschaffen werden. Wenn schon auf jedem Hof in zwischen graue, grüne, gelbe, rote Abfalltonnen stehen, damit der Müll sauber getrennt werde, dann wäre es nur recht und billig, daß auch auseinandergehalten wird, was noch nicht entsorgt werden muß. Der Apartheid mit menschlichem Antlitz gehört die Zukunft.

Falk Madeja

Kulinarisch:

MA beißt an ...

BSG Einheit, Schwerin

Hier isst schön billig, und jeder wird satt, der nach dem Motto lebt, daß gegessen wird, was auf den Tisch kommt. Und immerhin geht es immer noch her fast wie im richtigen Leben der Ex-DDR, - mit Abstrichen, denn die Bedienung zeichnet sich durch eben das aus, was den Mahlzeiten mangelt: Frische, Leichtigkeit, angenehmes Outfit. Die West-Leihbeamten im benachbarten Landwirtschaftsministerium haben's gern preiswert, und so kommt es, daß sie neben den Benutzern der haus-eigenen Kegelbahn einen wesentlichen Kunden-Kreis der Gaststät-

te bilden: So, als wollten sie wochenends zuhause auch wirklich aus der Tiefe des eigenen Geschicks vom kargen Leben des braven Ost-Pioniers berichten können, dem abends der recht-schaffne Hunger selbst den ärgsten Fleischklops reintreibt. Immerhin soll die „Einheit“ für eine erkleckliche Zahl nachgerade schon jahrelang hier tätiger Beamter aus Bonn und Umgebung dem Vernehmen nach den Punkt ihres weitesten Eindringens ins Schweriner Alltags-Leben bilden, - morgens raus zum Ministerium, zur blauen Stunde auf einen schwer zu definierenden Klops in die Einheit, und dann schnell zurück zum Basislager am Bartresen des Fritz-Reuter-Hotels.

Beim ersten Mal hatte ich winterlichen Abends Hemmungen, durch die knarrende Flügeltür des BSG-Lokals zu treten, - rötliche Lichtquellen in den Fenstern nährten die hoffnungsvolle Befürchtung, hier auf das schon für unmöglich gehaltene Nachtleben der Landeshauptstadt zu stoßen. Doch es gibt ja bloß die offenbar jeweils einzeln vom Gesamthintergrund des Schweriner Betriebs-sports abgewetzten Stühle, die immergleichen fluppig-ölgigen

Fritten und nach dem zweiten kleinen Bier die laute Frage der Serviererin, ob man denn nun wirklich noch Auto fahren wolle, das sei doch verboten Heißer Tip deshalb: Den Wagen um die Ecke parken, wenn man was trinken will.

Ambiente: Reichsbahnübernachtungsheimmäßig

Küche: Nun, da könnte man viel dazu sagen, aber es lohnt sich nicht

Bedienung: Für das Ambiente etwas zu unbekümmert

Preis-Leistungs-Verhältnis: Die Leistung rechtfertigt voll den geringen Preis.

Nachschlag

... und danach noch zum Beamten-Gucken in die

Bar des Fritz-Reuter-Hotels

Steh'n Sie auf Beamten-Gucken? Wollten Sie schon immer mal neben Staatssekretären, Ministerialdirektoren, Abtei-

Waldemar Schlegel

Demontage Stolpes

Im Artikel „So tut endlich was!“, Ausgabe vom 2.10.92, Seite 1 von H. Panse, verbindet der Autor seine Zustandsbeschreibung über den eskalierenden Rechtskaderalismus mit der so nebenbei hingeworfenen Bemerkung, Manfred Stolpe hüte sich vor einer eindeutigen Stellungnahme zugunsten der Ausländer, weil er die Sympathien der Brandenburger zur Bewältigung seiner Vergangenheit benötige. Dies ist eine Hinterhältigkeit und Infamie sondersgleichen und zwar in zweifacher Hinsicht. Zum einen versucht wieder jemand, die oft widerlegten Anschuldigungen als zutreffend hinzustellen, denn wer „bewältigen“ muß, der muß es nötig haben; die Anschuldigungen sollen also der weiteren persönlichen Demontage Stolpes dienen. Die andere häßliche Behauptung, Stolpe rede nicht zugunsten der Ausländer, weil er befürchten müsse, er verlore dadurch an Ansehen bei der Brandenburger Bevölkerung, ist an Bösartigkeit nicht zu überbieten. Diese Sprache sollte nicht die Sprache in Ihrem unabhängigen Blatt werden.

Maax Wößner, Stuttgart

MA soll bleiben!

Ich freue mich jedesmal, daß es den Mecklenburger Aufbruch noch gibt und hoffe sehr, daß das auch weiterhin so bleibt! Von jeder Ausgabe lese ich ca. 80 bis 90 % des Gedruckten. Im Vergleich zu einer großen Hamburger Wochenzeitung, die ich auch erhalte und von deren Inhalt vieles einfach außerhalb meines Horizontes liegt, ist das sehr viel, womit nichts gegen diese Zeitung gesagt ist.

Gerd Hoffmann,

Oerlinghausen

Für Ihren Artikel „Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt?“ möchte ich Ihnen herzlich danken! Es gehört nach meiner Auffassung neben der Rede des Bundespräsidenten zum diesjährigen Tag der deutschen Einheit zum Besten und Treffendsten, was in diesen Tagen zur „Lage der Nation“ gesagt worden ist.

Ihre Zeitung, die - aus den Leserbriefen zu schließen - sicher auch häufig im Westen Deutschlands gelesen wird, kann und wird dazu beitragen, das Verständnis füreinander zu wecken und zu fördern. Ich wünsche Ihnen dazu weiter viel Erfolg und eine stabile wirtschaftliche Grundlage.

Klaus Holst, Ammersbeck

Reise

Frühkartoffeln und Krokodile

Plädoyer für eine Reise in den Osten

Ein Reisebericht vergangener Tage - Erlebnisse im ersten Sommer nach der deutsch-deutschen Vereinigung auf der Insel Rügen:

Palmen recken sich in den blauen Himmel, ein weißer Strand, das Meer im Hintergrund ... Die Südsee?

„Mecklenburg-Vorpommern ist viel schöner - und hat keine Krokodile“ suggeriert die Schrift über dem Idyll. Eine Postkarte inklusive Aufkleber, ein Kieler Verlag.

Das Bild und der Satz wollen mir nicht aus dem Kopf, während ich durch das sonnendurchflutete Mecklenburg fahre, auf der Rückfahrt von Rügen, Deutschlands größter Insel. Zurückfahrt von Nord-Ost nach Süd-West, in die laute Metropole am Main.

Den Anstoß zu dieser Fahrt hatte ein anderes Bild gegeben. „Kreidefelsen auf Rügen“, Caspar David Friedrich, Maler der deutschen Romantik. Zwischen den Kreidefelsen geht der Blick auf das blaue Meer, drei Menschen stehen staunend, überschattet vom grünen Baumdach. Das Bild haftet auch - nicht als Aufkleber, aber doch im Gedächtnis. Es macht neugierig.

Vor der Entdeckung steht der Stau. Freunde in Lübeck, die ich auf der Hinfahrt besuche, warnen vor den schlechten Straßen. Ja, drei bis vier Stunden würde ich sicher brauchen. Über die B 105 Richtung Rostock, Stralsund, dann über den Rügendamm. Das sei ein richtiges Nadelöhr.

Ich brauche die doppelte Zeit für die knapp 250 km bis Binz auf Rügen. Überall Baustellen, stockender Verkehr, der über lange Strecken ganz zum Erliegen kommt. Ich schwöre dem Auto als Verkehrsmittel endgültig ab, gelobe, für die nächste Urlaubsreise Bus und Bahn zu nutzen. Zu spät. Ich stecke mittendrin und trage zu einem der Problempunkte in den „FNL“ bei - dem Verkehr. In den Ortschaften stehen hilflos-höfliche Schilder: „Bei Stau bitte Motor abstellen“. Das Land, die Menschen und die Infrastruktur sind dem Ansturm nicht gewachsen. Dann endlich - Rügen. Durch die schattigen Alleen fahre ich bis Binz, ein ehemaliges Fischerdorf, bis es Ende des 19. Jahrhunderts als Badeort Karriere machte. Für die nächsten zwei Wochen lasse ich das Auto stehen. Ich nutze alle die Fortbewegungsmöglichkeiten, die sich mir sonst auch bieten und viel zu wenig in Anspruch genommen werden: Fahrrad, Bus und Bahn und vor allem - die eigenen Füße!

Rügen bietet sich an für Wanderungen, breitet sich unter meinen asphaltgewöhnten Großstadtfüßen aus wie ein weicher bunter Teppich. Endlose kräftige Wälder, wundervolle üppige Wiesen, auch barfuß am Meer entlang läßt es sich gut laufen. Außerdem ist da noch der „Rasende Roland“, die kleine Schmalspurbahn. Die Fahrgäste erleben eine „sentimental journey“, eine Reise in die Vergangenheit. Ich entschlief mich, in das ehemals fürstliche Seebad Putbus zu fahren. Eine

halbe Stunde brauchen wir für die ca. 12 km, dann das Städtchen mit seiner überaus sehenswerten klassizistischen Architektur und einem Park, in dem die mächtigen dunklen Bäume ein schattiges Dach bilden. Die Wanderer genießen die wohlthuende Kühle. Auf labende Speise und Getränke müssen sie warten. In einem der wenigen Cafés am Ort sind die Angestellten zwar freundlich und bereitwillig, aber hoffnungslos überfordert. An den Nebentischen ergehen sich schlechtgelaunte westliche Familienväter und -mütter in Kommentaren, die deutlich machen, daß ihnen doch gefälligst ein besserer Service zusteht. Aber vor dem Chaos sind alle gleich. Und so kommt es, daß ich als Alleinreisende meinen Tee mit dem selbstgebackenen Streuselkuchen noch vor den 5 x Kaffee mit Käsesahne der Nachbarn vor mir stehen habe.

„Der Schaffner spitzt schon den Mund, gleich pfeift er, dann fahren wir!“ Der etwa sechsjährige Mitreisende berichtet seinem Vater aufgeregt von dem freudigen Ereignis. Die kleine Bahn wird uns gemütlich zurückbringen nach Binz. Die Dinge des Alltags, die feinen Abläufe alltäglichen Lebens - hier bietet sich Gelegenheit en masse, sie zu beobachten. Was etwa könnte der gleiche Junge dem Betriebskopf unseres neuen ICE abgewinnen? Vielmehr - hätte er Gelegenheit, diesen Fortschritt der Technik zu beobachten, seine Wahrnehmungen auszudrücken? Würde jemand da sein, der oder die ihm zuhört? Ich ermahne mich, realistisch zu sein: Jeden Tag mit der Schmalspurbahn von Frankfurt in den Taunus zur Arbeit - wer will das schon ... Viel Zeit zum Nachdenken, während wir gemächlich durch die Wiesen schuckeln.

Gewiß, das ist eher Folklore und eben nur eine Seite dieser ca. 1 000 Quadratkilometer großen Insel mit ihren 16 Naturschutzge-

bieten, wie uns der Busfahrer bei der Rundreise belehrt. Er liebt diese Insel, hat hier lange gelebt, freut sich über die Wende, die viel Verlogenheit des alten Regimes deutlich gemacht habe: Plätze, an

passieren können und noch ihr Schnäppchen dabei machen. Der ehemalige Funktionär der Partei, der ganz kurz nach der Wende ein Busunternehmen im großen Stil aufziehen konnte, während sich

schwestern hervor! Keinem wird es schlechter gehen ...

Die tägliche Zeitung ist derzeit der beste Reiseführer, an Aktualität nicht zu überbieten. Und wenn ich flüchten will, lese ich Fritz Reuter, plattdeutsch. Das Mecklenburger Platt paßt zu diesem Land. Es strahlt die gleiche Ruhe aus wie die tiefen grünen Wälder, es ist freundlich, genau, humorvoll, farbig wie die Wiesen und kräftig wie das Gelb der Kornfelder.

Da schreke ich auf: Hinter mir hat gerade eine energische Frauenstimme in diesem freundlichen Platt verkündet, man solle alle Autofahrer die Reifen aufstecken. Ich drehe mich um: Der Fußweg ist zugesperrt. In Frankfurt tägliche Realität, hier offensichtlich - und zum Glück - noch Anlaß zur Empörung. Andere Passanten raten der Aufgebracht: Anzeigen! Aufschreiben! Das wird besser, sagt einer. Aber die Frau läßt sich nicht beruhigen, besteht weiterhin auf der radikalen Lösung. Da naht eine der Verursacherinnen, will ihr Auto mit einem westlichen Kennzeichen besteigen. Sie begreift zunächst nicht, daß der Ärger unter anderem ihr gilt. Das ist ein Fußweg, erklärt man ihr nun. Ja, das weiß man gar nicht, sagt sie.

Ich denke noch lange über die Antwort nach. Der Fußweg ist breiter als die Straße, nicht gepflastert, aber doch als solcher erkennbar. Was also „weiß man nicht“? Daß die Fußwege nicht für die Autos da sind? Das Fußwege so aussehen können? Das „Mecklenburger Platt“ identifiziert diese Antwort als „frech“! Deutsch-deutsche Kommunikationsstörungen.

Szenenwechsel. „All I want to do, is make love to you.“ Dieses Versprechen weckt wilde Phantasien in Alleinreisenden. Ich schlage mir das mit der Liebe aus dem Kopf. Erholung ist angesagt und dazu gehört in Binz auch der Konzertplatz am Strand mit Auftritten verschiedenartiger Musikgruppen. Heute agiert eine Dreierband, deren rock-poppige Klänge sich mit dem Geschrei der Möwen und dem herben Rauschen des Nordostwindes vom Meer her mischen. Des rigorosen Windes we-

gen haben sich die StrandkorbhaberInnen der Sonne zugewandt und drehen ostentativ dem Meer um dessentwillen sie doch auch gekommen waren, den Rücken zu. Die Kinder genießen es, den ertellichen Augen nicht dauerhaft ausgesetzt zu sein. Wenn sie ihre Freiheit mißbrauchen, muß die Badeaufsicht über den Lautsprecher in Aktion treten: In regelmäßigen Abständen wird nach kleinen blonden Mädchen und Jungen in roten, blauen oder grünen Badehosen gefahndet. Dabei ist es doch auch viel schöner, direkt am Übergang vom Strand ins Wasser, dem Bewegungsdrang des Meeres Kanäle zu schaufeln und den wiederholten Eincrémeversuchen energischer Hände zu entgehen.

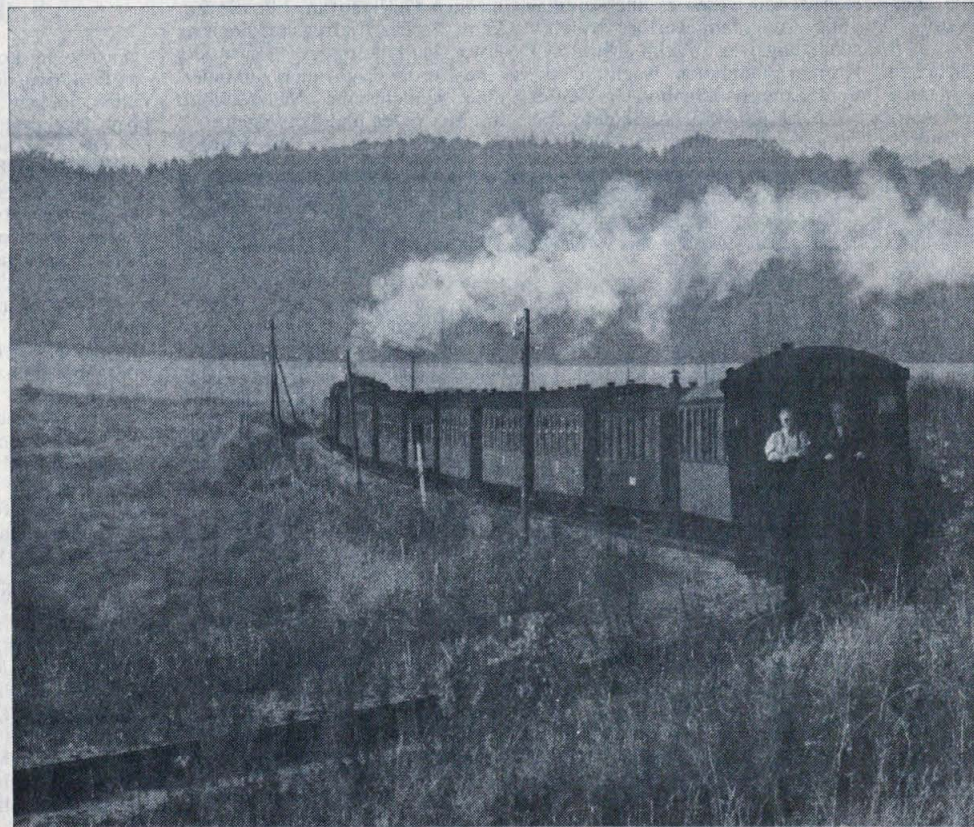
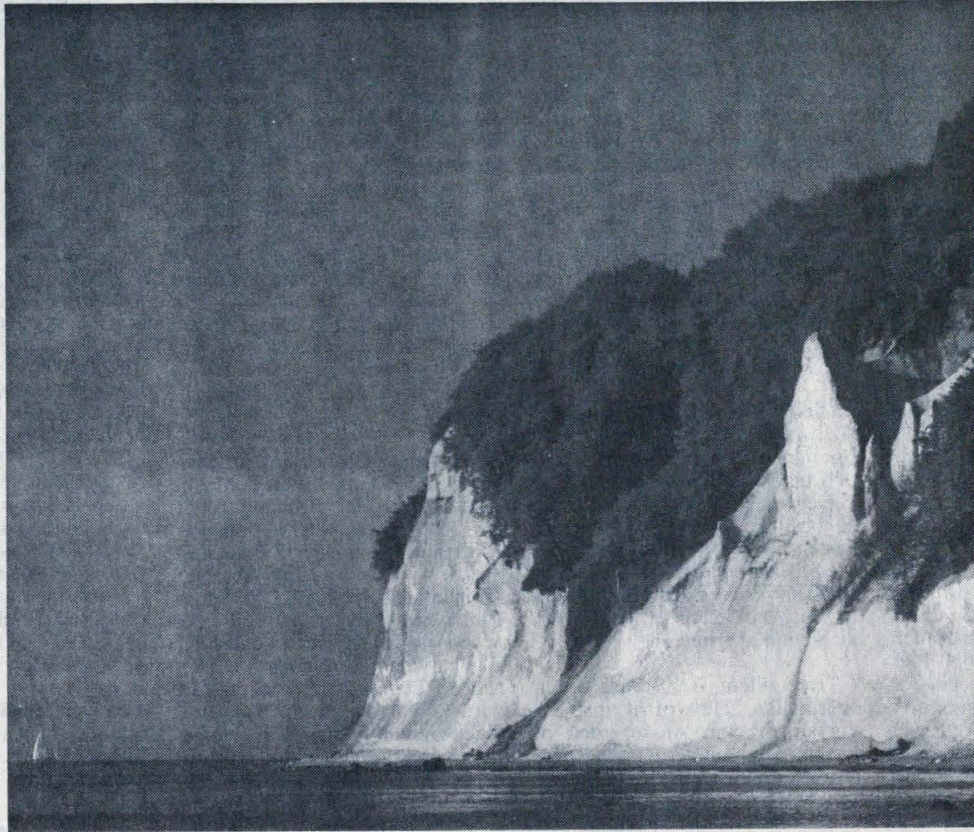
Wer dem Meer nicht fern und den Menschen nahe sein will, begehrt die Promenade. Wie auf allen Promenaden der Welt treffen sich hier Voyeure und Exhibitionisten, oft genug in einer Person vereint. Sehen und gesehen werden! Und die genußvollen Gefühle dabei geben dem Urlaub erst den besonderen Reiz ...

An der Promenade ist die anmutige Architektur der alten Sommer villen zu bewundern, die in 40 Jahren SED-Bauwirtschaft nicht gepflegt worden ist, der Häßlichkeit realsozialistischer Baukultur ein schauerlicher Tribut zu zollen, vor allem aber sind die Speisekarten der Restaurants und Imbißbuden zu begutachten: „Wenn Frühkartoffeln zum Einsatz kommen, erhöht sich der Preis um 0,50 DM“, steht da als Zusatzinformation auf einem Schild. Die Sprache ist konservativ, und beharrlich zeugt sie von vergangenen Zeiten. „Besuchen Sie unser Gartenfest der Kleingartensparte“. Die PromenadenbesucherInnen registrieren diese Aufforderung unbeeindruckt. Was auch immer sie tagsüber unternommen haben mögen, beim abendlichen Speisen teilt sich die Gesellschaft in drei Klassen: die Bratwurst am Kiosk, Pizza in der postmodernen Pizzeria oder exklusive Fisch- und Fleischgerichte für das doch eher gefüllte westliche Portemonnaie. Der Kapitalismus hat seine eigenen Gesetze.

Und als ich müde, sonnensatt und vom Wind ganz durchgeweht, in mein Quartier zurückkehre, bleibe ich wie jeden Tag eine Weile vor dem verblichenen, halb zerrissenen Wahlplakat stehen. „Wir sind ein Volk. CDU“, hat da gestanden und nun hat jemand ein kleines aber deutlich sichtbares k über das ein gesetzt. Sind wir ein Volk? Sind wir kein Volk? Was ist das, ein Volk?

Auf der Rückfahrt zum Abschied die Reste der ehemals so furchteinflößenden Grenzanlagen. Keine Furcht mehr, aber Trauer und Wut. Wer den Menschen Angst macht, kränkt ihr Selbstbewußtsein. Das ist eine der Altlasten des ehemaligen Regimes, die auf dem Land lasten. Wenn die Angst geht, wird das Selbstbewußtsein erstarren. Mecklenburg-Vorpommern ist schön. Es hat keine Krokodile aber viele Gründe, sich auf seine eigenen Stärken zu besinnen.

Edeltraut Damerow-Müller



Fotos: Entnommen dem Kalender „So schön ist Rügen“, Ellert & Richter Verlag 1993

die „normale“ Bürger bisher nicht kamen, wie etwa das kleine Fischerdörfchen Vitt, oder eine besondere Keramikart der Gegend, die sich die Funktionäre für Westkontakte aufhoben. „Jetzt fährt der Intercity bis Bergen, das macht deutlich, daß wir mit der Welt verbunden sind!“ Aber neben der Freude steht der Ärger über die „Wendehälse“, diejenigen, die sich allen Systemen an-

die vielen anderen Sorgen um die Zukunft machen. Überhaupt spüre ich viel Angst und Unsicherheit, wenn ich mit den Einheimischen ins Gespräch komme. Wie soll das weitergehen, wird der Sohn den Arbeitsplatz in Greifswald behalten? Wie werden sich die Eigentumsverhältnisse weiter entwickeln? Großes Unverständnis ruft die Regelung der Kürzung von Dienstjahren für die Kranken-

den in Alleinreisenden. Ich schlage mir das mit der Liebe aus dem Kopf. Erholung ist angesagt und dazu gehört in Binz auch der Konzertplatz am Strand mit Auftritten verschiedenartiger Musikgruppen. Heute agiert eine Dreierband, deren rock-poppige Klänge sich mit dem Geschrei der Möwen und dem herben Rauschen des Nordostwindes vom Meer her mischen. Des rigorosen Windes we-

Wir suchen junge erfolgsorientierte Handelsvertreter und Außendienstmitarbeiter.

Wenn Sie fleißig, zielstrebig und kontaktfreudig sind und sich mit unserer Hilfe eine lukrative Zukunft aufbauen wollen, dann sollten Sie uns anrufen! Einarbeitung und intensive Schulung sind für uns selbstverständlich. Auto und Telefon sollten vorhanden sein. Wir freuen uns über Ihren Anruf oder schriftliche Bewerbung:

Wein- und Sektkellerei
Jakob Gerhardt, Nierstein,

Verkaufsbüro Mecklenburg, Manfred Motzigkeit,
Breslauer Straße 69, W-2359 Henstedt-Ulzburg
Tel.: 04193 / 4685, Fax: 04193 / 1009

Möbeln Sie Ihr Büro auf

Beratung und Planung mit

BSB

Vertrieb und Service für:

- Büromöbel
- Werbematerial
- Büromaschinen
- Stempelanfertigung
- Bürobedarf
- Frankiermaschinen
- Großflächenkopierer

Dr. Bärbel Stefaniak

Wallstraße 68, 2755 Schwerin, Telefon + Fax 0 84 - 81 23 73
Bahnstr. 125, 2820 Hagenow, Telefon + Fax 08 55 - 2 80 06
Steinstr. 64, 2730 Gadebusch, Telefon + Fax 08 56 - 25 22

Baby-LAND
MECKLENBURG

Der große
Babyausstatter
auf 700 m²
Betriebsfläche

- Riesige Auswahl an Kinder- und Sportwagen in 80 verschiedenen Farben
 - Tolles Möbelangebot
 - Schneeanzüge und Winterjacken ab DM 39,90
- Schwerin-Friedrichsthal · Lärchenallee 32
B 104 Richtung Gadebusch
Mo.-Fr., 9-18.30 · Do., -20.30 · Sa., 9-14 · Ig. Sa. -16 Uhr
Parkplatz vorm Haus